Materialien zur Erwachsenenbildung

Nr. 1 / 2008

Entwicklung und Stand der Erwachsenenbildung in Österreich



Länderbericht für die UNESCO 6th International Conference on Adult Education (CONFINTEA VI)

bm:uk

UNESCO
United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization

confintea VI

UNESCO Institute for Lifelong Learning

öibf
Österreichisches Institut für Berufsbildungsforschung

ibw
Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft

Entwicklung und Stand der Erwachsenenbildung in Österreich

Länderbericht für die
UNESCO 6th International Conference on Adult Education
(CONFINTEA VI)

Autoren | Arthur Schneeberger und Alexander Petanovitsch, ibw
Peter Schlögl, öibf

Herausgegeben von | Bundesministerium für Unterricht,
Kunst und Kultur, Abteilung Erwachsenenbildung V/8
A-1014 Wien, Minoritenplatz 5

Lektorat | Mag.ª Martina Zach
Umschlaggestaltung | Robert Radelmacher
Layout und Satz | tür 3))) DESIGN, www.tuer3.com

© 2008
ISBN 13: 978-3-85031-114-4

Vorwort

Die erste internationale Erwachsenenbildungskonferenz (CONFINTEA) fand 1949 in Helsingor (Dänemark) statt, es folgten Montreal (1960), Tokio (1972), Paris (1985) und Hamburg (1997).

Die CONFINTEA VI wird von 19. bis 22. Mai 2009 in Belém, Brasilien stattfinden. Ihre Ziele bestehen darin, die Anerkennung der Erwachsenenbildung als wichtiges Element und förderlichen Faktor von Lebenslangem Lernen voranzutreiben sowie ihre maßgebliche Rolle zur Erreichung der aktuellen internationalen Bildungs- und Entwicklungsagenden herauszustreichen.

Das UNESCO Institute for Lifelong Learning (UIL) ist zuständig für die Koordinierung der Konferenz. Dazu gehören sowohl Vorbereitungstreffen als auch die Einholung von Länderberichten aller Teilnahmestaaten: Sie waren aufgerufen, den jeweiligen Status quo der Erwachsenenbildung auf Basis einer vorgegebenen Struktur und ausgewählter Indikatoren aufzubereiten und darzustellen, um die internationale Vergleichbarkeit zu gewährleisten.

Das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur beauftragte das Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft (ibw) und das Österreichische Institut für Berufsbildungsforschung (öibf) mit dieser verantwortungsvollen Aufgabe. Eine englische Übersetzung wurde an das UNESCO Institute for Lifelong Learning (UIL) übermittelt und ist unter *http://www.unesco.org/uil/en/nesico/confintea/confinteacountries.htm* abrufbar. Der Endbericht in deutscher Sprache in der vorliegenden Fassung stammt von Mai 2008 und berücksichtigt Daten bis zu diesem Zeitpunkt.

Danksagung

Die Autoren bedanken sich bei den nachfolgend genannten Mitgliedern der ExpertInnengruppe für die kritische und hilfreiche Unterstützung, die diese bei der dem Bericht gewidmeten Veranstaltung am 28. April 2008 in Wien und durch schriftliche Stellungnahmen im Weiteren gegeben haben:

Mag. Patrizia Jankovic	BMUKK
Dipl.-Ing. Bernhard Keiler	LFI
Mag. Wolfgang Kellner	Ring Österreichischer Bildungswerke
Mag. Ernst Koller	BMUKK
Mag. Barbara Kreilinger	VÖV
Dr. Judita Löderer	KEBÖ
Dr. Rudolf Mallinger	Universitätenkonferenz
Dr. Michaela Marterer	Volkswirt. Gesellschaft
Mag. Thomas Mayr	WKO
Mag. Martin Netzer	BMUKK
Dr. Christian Operschall	BMWA
Mag. Hubert Petrasch	Forum Kath. EB
Mag. Bettina Rossbacher	Österreichische UNESCO-Kommission
Dr. Michael Sturm	BFI
Mag. Michael Tölle	AK
Dr. Margarete Wallmann	BIFEB
Mag. Birgit Wenninger-Jost	BMWA
Mag. Elisabeth Westphal	Österreichische Universitätenkonferenz
Edith Winkler	BMWF
Mag. Martina Zach	

Die englische Übersetzung hat Mag. Michael Reiterer vom Fachübersetzungsbüro AHA Translation Office besorgt.

Inhaltsverzeichnis

1 Allgemeiner Überblick 7

2 Politische Zuständigkeiten, Gesetzgebung und Finanzierung 11

2.1 Rechtliche, politische und administrative Rahmenbedingungen 11

2.2 Finanzierung der Erwachsenenbildung 13

2.2.1 Direkte Aufwendungen 14

2.2.2 Indirekte Aufwendungen 16

2.2.3 Lernzeitmodelle 17

2.2.4 Finanzierungsinstrumente 18

3 Qualität der Erwachsenenbildung: Angebote, Teilnahmen und Leistungen 19

3.1 Angebot an Erwachsenenbildung und institutioneller Rahmen 19

3.2 Teilnahme an Erwachsenenbildung 26

3.3 Monitoring & Evaluation und Feststellung von Lernergebnissen 31

3.4 Status und Ausbildung des Personals der Erwachsenenbildung 34

4 Forschung, Innovation und „Good Practices“ 37

4.1 Studien im Bereich der Erwachsenenbildung 37

4.2 Innovationen und Beispiele von „good practice“ 41

5 Grundkompetenzen bei Erwachsenen 51

6 Erwartungen bezüglich CONFINTEA VI und Zukunftsperspektiven der Erwachsenenbildung 53

Tabellenanhang 55

Literatur- und Quellenhinweise 59

1 Allgemeiner Überblick

Österreich ist eine bundesstaatlich organisierte Republik in Mitteleuropa. Österreich besteht aus neun Bundesländern, die Verfassung ist föderal aufgebaut. Das Land ist seit 1955 Mitglied der Vereinten Nationen und seit 1995 Mitglied der Europäischen Union. Österreich ist ein Flächenstaat von knapp 83.900 Quadratkilometern mit 99 Einwohnern pro Quadratkilometer. Die Einwohnerzahl ist durch deutlich positive Wanderungsbilanz im Vergleich zu 1991 von knapp 7,8 Millionen auf fast 8,3 Millionen im Jahr 2007 gestiegen (siehe Tabelle 1-1). Der Anteil der 25 Jahre und älteren Wohnbevölkerung belief sich laut letzter Volkszählung (2001) auf 71 Prozent (Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch Österreichs 2008, S. 56). Laut aktuellen Prognosen ist mit einer Zunahme der Wohnbevölkerung aufgrund von auch in Zukunft positiver Wanderungsbilanz und steigender Lebenserwartung zu rechnen. Die Zahl der Wohnbevölkerung im Alter von 60 und mehr Jahren soll von unter 1,9 Millionen im Jahr 2008 auf über 2,5 Millionen im Jahr 2030 ansteigen (Statistik Austria, Statistisches Jahrbuch Österreichs 2008, S. 54).

Der Anteil der Mitbürger mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft belief sich 2007 auf 9,9 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die größten Anteile nehmen dabei Herkunftsländer des ehemaligen Jugoslawien, Türkei und Deutschland ein (Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch Österreichs 2008, S. 56). Bezogen auf Herkunft der ausländischen Wohnbevölkerung nach Kontinenten ergab sich 2007 folgendes Bild: Europa 1,059.487, Asien 97.948, Afrika 38.808, Amerika 27.636.[1] Traditionell bilden Katholiken mit über 5,9 Millionen Mitgliedern die größte Religionsgemeinschaft, gefolgt von evangelischen Christen (376.150) und islamischem (338.988) sowie christlich-orthodoxem Religionsbekenntnis (179.472) bei der letzten Volkszählung im Jahr 2001 (Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch Österreichs 2008, S. 57).

Tabelle 1-1: Bevölkerungsbewegung und Vorausschätzung (Hauptszenario)

Erhebungsjahr	Bevölkerung gesamt	Wanderungs-bilanz	Lebendgeborene	Ausländische Wohnbevölkerung
1991	7,795.786	76.816	94.629	517.690
2001	8,043.046	32.964	75.458	718.259
2006	8,281.848	34.729	76.953	814.065
2007	8,319.447	33.414	76.832	826.013
2008	8,353.379	32.118	76.835	
2025	8,766.860	20.099	79.504	

Quelle: Statistik Austria, 2005, 2006, 2007

[1] *http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/bevoelkerungsstand_jahres-_und_quartalswerte/bevoelkerungsstruktur/027955.html*, 26.3.2008.

Für 89 Prozent der österreichischen Wohnbevölkerung war bei der letzten Volkszählung die Umgangssprache Deutsch. Dies trifft zu 96 Prozent auf im Inland Geborene und zu 35 Prozent auf im Ausland Geborene zu (vgl. Tabelle A-3). Die Amtssprache in Österreich ist Deutsch, regionale Amtsprachen sind Kroatisch, Slowenisch und Ungarisch, was mit traditionellen ethnischen Minderheiten im Lande zusammenhängt (siehe Tabelle A-4). Die Förderung der Kompetenz in der Umgangssprache Deutsch ist eine wichtige Herausforderung für die Bildungspolitik von der Vorschulerziehung bis zur Erwachsenenbildung, da hier ein wesentlicher Faktor der Bildungschancen der Kinder mit Migrationshintergrund gegeben ist, bezüglich dessen Verbesserungsbedarf – wie die ersten Ergebnissen der PIRLS-Studie[2] zeigen – evident ist.

Wien ist Bundeshauptstadt und zugleich bevölkerungsreichstes Bundesland: Anfang 2007 entfielen 20 Prozent der Gesamtbevölkerung auf Wien (Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch Österreichs 2008, S. 51). Aktuelle Analysen zeigen, dass Städte von zentraler Bedeutung für große Einzugsgebiete sind. Mehr als 50 Prozent der Bevölkerung Österreichs lebten Anfang 2007 im städtischen Bereich (Quelle: Statistik Austria). Die Städte setzen als Standorte von Arbeitsplätzen oder Ziele des Tourismus nicht nur Impulse für die Wirtschaft, sondern sind darüber hinaus mit ihrer Infrastruktur, insbesondere mit Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, von zentraler Bedeutung für große Einzugsgebiete.

Das Brutto-Inlandsprodukt je Einwohner (zu laufenden Preisen und Kaufkraftstandards) belief sich 2007 auf 30.200 EUR und lag damit um 28 Prozent über dem EU-Ländermittel (WKO-Wirtschaftskammer Österreich: Statistisches Jahrbuch 2007, Wien, Mai 2007, S. 10). Die Exportquote im weiteren Sinne (Exporte von Waren und Dienstleistungen) belief sich 2006 auf 57,6 Prozent und lag damit 17,8 Prozentpunkte über dem EU-Ländermittel (WKO-Wirtschaftskammer Österreich: Statistisches Jahrbuch 2007, Wien, Mai 2007, S. 14).

Die Anzahl der unselbständig Beschäftigten hat sich zwischen 1986 und 2006 von unter 2,8 Millionen auf fast 3,3 Millionen erhöht (Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch Österreichs 2008, Wien, 2007. S. 202). Der Anteil der Selbständigen belief sich 2006 auf 13 Prozent der Erwerbstätigen, inkludiert man die mithelfenden Familienangehörigen, so kommt man auf eine Quote von 13,5 Prozent der 3,9 Millionen Erwerbspersonen (Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch Österreichs 2008, Wien, 2007. S. 203). Österreich wies 2007 eine Arbeitslosenquote von 4,3 Prozent auf (EU-Ländermittel: 6,7 Prozent).

Die volkswirtschaftlichen Erfolge hängen mit einer spezifischen Bildungsstrategie zusammen. Das österreichische Bildungssystem ist traditionell durch den Schwerpunkt auf mittleren Qualifikationen und ein Universitätssystem mit Dominanz langer Studien gekennzeichnet. Im Vergleich zu vielen anderen OECD-Ländern haben Ausbildungen der oberen Sekundarstufe (ISCED Level 3 und 4) relativ hohe aktuelle Absolventenquoten behalten (vgl. OECD: Bildung auf einen Blick, 2007, S. 56 und 71). Der tertiäre Sektor wurde relativ spät diversifiziert, was sich bislang in relativ geringen Tertiärquoten und traditionell dem Fehlen kurzer Hochschulstudien niederschlägt. Durch die starke Betonung auf beruflicher Bildung

[2] Birgit Suchań, Christina Wallner-Paschon, Elisabeth Stöttinger, Silvia Bergmüller: PIRLS 2006 – Erste Ergebnisse – Lesen in der Grundschule, Graz, 2007, S. 34ff.

(ISCED Level 3 und 4) ist eine gewisse Unterschätzung bei internationalen Bildungsvergleichen zu verzeichnen. Die Bildungsorganisation in Österreich „enthält äquivalent in ISCED 4 Bereiche, die anderswo bereits in 5B eingeordnet sind“ (Reiterer 2005, S. 32.)

Das österreichische Bildungssystem zeigt aber starke Veränderungen auf Tertiärstufe. Seit 1994 entwickelte sich ein dynamischer Fachhochschulsektor neben den Universitäten in Form von Neugründungen (vgl. Lassnigg, Unger, 2005, S.1ff.), der mittlerweise in technischen und wirtschaftlichen Studien hohe quantitative Arbeitsmarktrelevanz hat (vgl. BMWF: Statistisches Taschenbuch 2007; S. 82). Fachhochschul-Studiengänge im Bereich der Sozial- und der Gesundheitswissenschaften wurden eingerichtet und gewinnen im Zustrom deutlich (vgl. BMWF: Statistisches Taschenbuch 2007; S. 71). Durch die Teilnahme am Bologna-Prozess wurden vor allem in wirtschaftsnahen Studien Bachelor- und Masterstudien eingeführt und haben mittlerweile erheblichen Studienwert im Studienangebot.

Die Bildungsstruktur der österreichischen Wohnbevölkerung unterscheidet sich deutlich nach Staatsbürgerschaft. Die Bildungsstruktur der ausländischen Wohnbevölkerung ist durch starke Diversität gekennzeichnet, insbesondere Personen aus Ländern der EU-15 sind durch hohe Anteile formal höherer Bildung gekennzeichnet. Dies impliziert vermutlich zum Teil auch unterschiedliche Ausbildungssysteme und Abschlüsse als in Österreich.

Die Unterschiede im Bildungsstand zwischen Männern und Frauen sind signifikant, wobei ein starker Aufholprozess bei den Frauen zu konstatieren ist. So belief sich der Anteil von Absolventinnen formal höherer Bildungsgänge unter den 30- bis 34-Jährigen 2006 bereits auf 38 Prozent, im Vergleich zu 32 Prozent bei den gleichaltrigen Männern, während dieser Anteil in der Wohnbevölkerung über 15 Jahren noch einen geringfügigen Vorsprung der Männer aufwies (siehe Tabelle 1-3).

Tabelle 1-2: Bevölkerung (ab 15 Jahren) nach Staatsangehörigkeit und höchster abgeschlossener Bildung, 2006, in %

Staatsangehörigkeit	Pflicht-Schule	Lehre	BMS	Höhere Schule	Hochschulverw. Lehranstalt	Hochschule	Gesamt	in 1.000
Österreich	27,0	36,4	13,5	13,8	2,2	7,1	100,0	6.207,4
Nicht-Österreich	36,8	26,0	6,9	15,9	1,3	13,1	100,0	644,2
EU 25	11,1	27,7	9,0	25,3	2,2	24,7	100,0	201,2
darunter EU 15	*11,2*	*25,6*	*10,0*	*20,9*	*2,1*	*30,0*	*100,0*	*130,8*
Ex-Jugoslawien	47,5	33,5	5,7	10,2	1,0	2,1	100,0	238,8
Türkei	73,9	14,7	3,8	5,8	0,4	1,4	100,0	84,2
Sonstige	32,7	15,9	7,8	18,4	1,3	23,8	100,0	120,0
Insgesamt	**27,9**	**35,4**	**12,9**	**14,0**	**2,1**	**7,7**	**100,0**	**6.851,7**

Quelle: Statistik Austria, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2006, eigene Berechnungen

Tabelle 1-3: Trend der Bildungsentwicklung bei Männern und Frauen: Vergleich der Bevölkerung ab 15 Jahren und der 30-34-Jährigen, 2006, in %

Merkmal	Pflicht-Schule	Lehre	BMS	Höhere Schule	Hochschul-verw. Lehr-anstalt	Hoch-schule	Gesamt	Absolut
Männer								
Gesamt (15+)	21,0	46,1	8,4	13,9	1,2	9,3	99,9	3,295.400
30- 34-Jährige	10,1	50,0	7,5	16,6	1,5	14,2	99,9	281.300
Frauen								
Gesamt (15+)	34,2	25,6	16,9	14,1	3,0	6,2	100,0	3,556.200
30- 34-Jährige	15,2	30,9	15,7	20,4	4,2	13,6	100,0	285.000

Quelle: Statistik Austria, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2006, eigene Berechnungen

Tabelle 1-4: Postsekundäre und tertiäre Abschlussquoten an der Bevölkerung im typischen Abschlussalter, 2005, in %

Länder	Postsekundäre, aber nicht tertiäre Abschlüsse (ISCED 4A u. 4B)	Tertiäre Abschlüsse (ISCED 5B)	Tertiäre Abschlüsse (ISCED 5A)
Österreich	27,5	7,6	20,4
OECD-Ländermittel	4,3	8,9	36,4

Quelle: OECD 2007; eigene Berechnungen

2 Politische Zuständigkeiten, Gesetzgebung und Finanzierung

2.1 Rechtliche, politische und administrative Rahmenbedingungen

Im Kontinuum der Lernaktivitäten (formales, nicht-formales und informelles Lernen) (vgl. Chisholm 2008) zeichnen in Österreich unterschiedlichste Instanzen und Einrichtungen verantwortlich. Es bestehen vielfältigste Zuständigkeiten für Regulierung, Erhalterschaft, Finanzierung oder Begleitung dieser Aktivitäten. Österreich ist weiters ein föderaler Bundesstaat, in dem das Prinzip der Subsidiarität stark ausgeprägt ist. Im Rahmen dessen gibt es Gebietskörperschaften mit Gesetzgebungskompetenzen. Die Gesetzgebung erfolgt auf Bundes- und auf Landesebene. In die Kompetenz der Länder fallen alle Materien, die nicht ausdrücklich Zuständigkeit des Bundes (Art. 15 B-VG) sind. Die Geschäfte der Bundesverwaltung werden in Ministerien geführt. Die Vollziehung in den Ländern kommt den Landesregierungen zu, die vom jeweiligen Landtag gewählt werden. Die gesetzliche Einbindung von nach wirtschaftlichen bzw. beruflichen Kriterien abgegrenzten Gruppierungen (Kammern) in den politischen Prozess erfolgt zumeist durch Begutachtungsrechte und sorgt für eine Interessenvertretung dieser Gruppen. International nicht weit verbreitet ist die österreichische Lösung der beruflichen und sozialen Selbstverwaltung. In Österreich besteht ein umfassendes System der beruflichen Selbstverwaltung durch Kammern mit gesetzlicher Mitgliedschaft in Verbindung mit freiwilligen Interessenvertretungen.

Erwachsenenbildung ist im österreichischen Recht keinen bestimmten Einrichtungen oder Trägern exklusiv eingeräumtes Tätigkeitsfeld. Die kompetenzrechtliche Einordnung der Erwachsenenbildung (Volksbildung) – für die lange Zeit keine bundesrechtliche Regelung vorlag – stammt historisch gesehen aus der Zeit vor der aktuell gültigen Bundesverfassung. Die erste eigengesetzliche Basis stellte das 1973 verabschiedete Gesetz zur Förderung der Erwachsenenbildung und des Volksbüchereiwesens aus Bundesmitteln[3] dar. Es hat zu einer Professionalisierung der gemeinnützigen Erwachsenenbildung beigetragen und zahlreiche Impulse für die Weiterbildungslandschaft gegeben. Die Förderstellen des Bundes für Erwachsenenbildung wurden 2002 den Ländern übertragen. Das einschlägige Gesetz enthält eine Verpflichtung zur Förderung, legt jedoch keine Förderhöhen fest, hat aber an der grundsätzlichen Kompetenzstruktur nichts verändert. Aktuell wird die Erwachsenenbildung im Unterrichtsministerium in zwei Abteilungen der Sektion V (Allgemeine pädagogische Angelegenheiten; Statistik und IT-Angelegenheiten; Erwachsenenbildung) betreut, wobei eine Abteilung die inhaltlichen Aufgaben und eine Abteilung für finanzielle Angelegenheiten zuständig ist. Das öffentliche Bibliothekswesen ressortiert derzeit in einem Referat der Sektion IV (Kultur). Eine Abstimmung zwischen dem BMUKK und der Konferenz der Erwachsenenbildung Österreich (KEBÖ) oder auch länderspezifischen Plattformen findet laufend statt.

[3] Bundesgesetz vom 21. März 1973 über die Förderung der Erwachsenenbildung und des Volksbüchereiwesens aus Bundesmitteln StF: BGBl. Nr. 171/1973, i.g.F. BGBl. I Nr. 71/2003 (NR: GP XXII RV 59 AB 111 S. 20. BR: 6788 AB 6790 S. 697.) [CELEX-Nr.: 31997L0078, 32001L0089].

Das *Bundesinstitut für Erwachsenenbildung* (bifeb) ist eine Einrichtung des BMUKK. Seine Aufgabe ist die Aus- und Weiterbildung von Erwachsenenbildnerinnen und Erwachsenenbildnern. Es kooperiert mit nationalen und internationalen Forschungs- und Bildungseinrichtungen.

Die Zuständigkeit für Erwachsenenbildung im schulischen und hochschulischen Bereich (zum Beispiel Schulen für Berufstätige, Universitätslehrgänge, Fachhochschul-Studiengänge und -lehrgänge für Berufstätige) ist kompetenzrechtlich dem Unterrichtsministerium, dem Wissenschaftsministerium oder den jeweils autonomen Einrichtungen dieser Sektoren zugeordnet und unterliegt den in diesen Bereichen jeweils geltenden rechtlichen Bestimmungen des Universitätsgesetzes 2002 bzw. des Fachhochschulstudiengesetzes.

Inhaltliche Zuständigkeiten sind aber darüber hinaus breiter zwischen den Ministerien verteilt. So liegen die Hauptverantwortungsbereiche des BMWA in der Erwachsenenbildung im Arbeitsmarktservice. Das AMS ist im Rahmen der Zielvorgaben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit österreichweit ein bedeutender Promotor für Qualifizierung und Weiterbildung von Erwachsenen (171.762 geförderte Personen im Jahr 2007). Ein weiterer Schwerpunkt wird seitens des AMS mit dem „Zusatzprogramm für Behinderte“ (budgetäres Volumen: € 18 Mio.) auf die Integration von zusätzlich 3.000 Menschen mit Behinderung gelegt. Neben einer Vielzahl finanzieller Förderungen im Konnex mit arbeitsplatznaher Qualifizierung (Eingliederungsbeihilfe, Sozialökonomische Betriebe, Gemeinnützige Beschäftigungsprojekte) werden spezifische Qualifizierungsmaßnahmen angeboten (für 32.791 Personen im Jahr 2007). Die Verantwortlichkeiten für Gesundheit liegen beim Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend, für Menschen mit Behinderung im Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz (und zum Teil bei den Ländern) und jene für land- und forstwirtschaftliche Belange im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft. Insofern steuerliche Belange betroffen werden, ist das Bundesministerium für Finanzen zuständig.

Angesichts der grundsätzlichen Kompetenz der Bundesländer ist es dort zu unterschiedlichen Ausprägungen von Strukturen und regionalen Besonderheiten gekommen. Neben eigenen Landesgesetzen, Budgetansätzen, die z.T. in eigenen Verwaltungseinheiten administriert werden, kommt es aber auch vor, dass gemeinnützige Einrichtungen mit Landesmitteln gefördert koordinierende Funktionen wahrnehmen. Zusätzlich wurden in allen Bundesländern Individualförderungsmodelle mit Landesmitteln eingerichtet, die als Kurskostenförderungen oder -zuschüsse angelegt sind. Dies erfolgte zum Teil mit enger Anbindung an die arbeitsmarktpolitischen Akteure. Die Qualifizierung im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik hat die gesetzliche Grundlage im Arbeitsmarktservicegesetz wie auch dem Arbeitsmarktförderungsgesetz.

Abseits von den Feldern, in denen formale Zuständigkeiten der Gebietskörperschaften oder öffentlicher Einrichtungen bestehen, haben wesentliche Bereiche des Lernens Erwachsener ihren Ursprung und Rahmen in arbeitsplatzrelevanten Weiterbildungen und zivilgesellschaftlichen Initiativen und basieren damit auf arbeits- und sozialrechtlichen, vereinsrechtlichen oder anderen Grundlagen.

2.2 Finanzierung der Erwachsenenbildung

Der Schwerpunkt der öffentlichen Bildungsfinanzierung liegt in Österreich eindeutig im Bereich der schulischen und hochschulischen Bildung oder (wie gelegentlich etwas verkürzt auch formuliert wird) der Erstausbildung (Lassnigg et al 2006, S. 7). Nimmt man nämlich entsprechend dem Anspruch lebensbegleitender Bildung die Perspektive ein, dass Bildungsprozesse lebensphasenunabhängig aufgenommen werden können sollen, so relativiert sich das Verhältnis von Erst- und Weiterbildung zusehends.

Ab dem Pflichtschulalter kann zunehmend vielfach nur auf Basis der konkreten individuellen Situation eine fundierte Entscheidung getroffen werden, ob es sich bei einem Bildungsprozess um Erstausbildung, Weiterbildung, Höherqualifizierung oder beruflicher Neuorientierung handelt. Dies und der Umstand, dass für viele wichtige Finanzierungsaspekte bei Bildungsprozessen Erwachsener nur Schätzungen vorliegen, macht eine valide Aussage über das Gesamtvolumen sowie das Verhältnis des entsprechenden Finanzierungsmixes schwierig.

Tabelle 2-1: Relative Anteile öffentlicher und privater Ausgaben für Bildungseinrichtungen nach Bildungsbereichen, 2004, in %

Bezug	Elementarbereich		Primar- und Sekundarbereich		Tertiärbereich	
	öffentlich	privat	öffentlich	privat	öffentlich	privat
Österreich	70,0	30,0	95,3	4,7	93,7	6,3
OECD-Durchschnitt	80,0	20,0	91,8	8,2	75,7	24,3

Quelle: OECD 2007

Auf Basis der privaten bzw. öffentlichen Mittel für Erwachsenenbildung ergibt sich ein deutlich anderes Verhältnis. Da hierzu vorliegende Daten primär auf Lernprozesse Erwachsener abzielen, liegen nur verschränkte Werte für die Bildungsstufen (inklusive Sekundarschulen und tertiären Angebote für Erwachsene) vor und sind nicht unmittelbar mit den oben dargestellten OECD-Angaben vergleichbar. Abhängig davon wo die Mittel der aktiven Arbeitsmarktpolitik zurechnet werden (öffentlich oder privat), ergibt sich eine andere Finanzierungsproportion zwischen öffentlich und privat. Betrachtet man die auf gesetzlicher Basis eingehobenen AMS-Mittel als quasi-öffentlich, so ergibt sich ein Bild von 33 bis 38 Prozent an öffentlichen Mittel respektive AMS/ESF-Mittel und 62 bis 67 Prozent an privaten Mitteln (betriebliche und individuelle Weiterbildungsausgaben) (Lassnigg/Vogtenhuber/Steiner 2006, S. 20 und Schlögl/Schneeberger 2004, S. 22).

Unbestritten ist jedoch, dass es durch die Vielgestaltigkeit der Lernprozesse im Erwachsenenalter zu einer komplexeren Finanzierungsstruktur kommt, die sich im Rahmen einer Typologie von Weiterbildungsfinanzierung: Marktregime, bürokratisches und gemischtes Regime, dem gemischten Regime zuordnen lässt (siehe Bodenhöfer 2000). Es zeigt sich einerseits ein hohes Gewicht auf aktiven Arbeitsmarktmaßnahmen als Weiterbildungsmodus auf Basis einer gesetzlich geregelten Finanzierungsbasis, andererseits weitgehend marktgestützte Aktivitäten. Der öffentliche Anteil ist im Vergleich zu den übrigen Bereichen des Bildungswesens verhältnismäßig niedrig.

2.2.1 Direkte Aufwendungen

Für Österreich lassen sich die direkten Aufwendungen für Erwachsenenbildung grundsätzlich nach *drei Finanzierungsquellen* darstellen: öffentliche Mittel, Arbeitsmarktmittel und private Aufwendungen. Insgesamt muss darauf hingewiesen werden, dass die Datenlage je nach Sektor recht unterschiedlich ist und deshalb auf unterschiedliche Zeiträume Bezug genommen werden muss. Diese liegen zwischen 2004 und 2007.

Öffentliche Aufwendungen

Hier sind die Ausgaben der Gebietskörperschaften zu berücksichtigen. Für den Bund: Fördermittel für die Erwachsenenbildung, Schulen für Berufstätige, bundesfinanzierte Anteile an FH-Studiengängen für Berufstätige, LehrerInnenweiterbildung, Verwaltungsakademie, Donauuniversität u.a. Für die Bundesländer und Gemeinden: Individual- und Trägerförderungen, landesfinanzierte Anteile an FH-Studiengängen für Berufstätige, Verwaltungsakademien, u.a.

Nicht für alle diese Positionen liegen Finanzdaten vor. Was hier weiters nicht berücksichtigt werden kann, sind die Aufwendungen für die Verwaltungsstrukturen in den öffentlichen Stellen sowie die nicht eindeutig für Erwachsenenbildung eingerichteten Einrichtungen (z.B. Universitäten).

Als „Sonderform“ öffentlicher Aufwendungen für Weiterbildung sind die Ausgaben der öffentlichen Arbeitgeber zu sehen. Gesamtzahlen dafür liegen nicht vor. Gemäß der je spezifischen beruflichen Gegebenheiten und Schulungsbedingungen (lehrende, kulturelle und administrative Berufe, Berufe im Gesundheits- und Sozialbereich, ...) zeigen Detailstudien, dass die Weiterbildungsbeteiligung bei öffentlich Bediensteten höher liegen dürfte als beim Durchschnitt der Beschäftigten im privaten Sektor. Eine vorsichtige Schätzung – auf Basis von Zahlen der Gesamtausgaben seitens privater und öffentlicher Arbeitgeber – ergibt EUR 275 Mio. direkte und EUR 450 Mio. Gesamtschulungskosten der öffentlichen Arbeitgeber (Schlögl/Schneeberger 2004, S. 22).

Insgesamt betragen die öffentlichen Aufwendungen (exklusive der Ausgaben für Weiterbildung öffentlich Bediensteter/ohne LehrerInnen) je nach Quelle und Bezugsjahr **zwischen EUR 297 Mio. und EUR 330 Mio.**[4] Gemessen an den österreichischen öffentlichen Bildungsgesamtausgaben weisen Lassnigg et al einen Wert von 2,3% für Erwachsenenbildung aus.

Ausgaben aus Arbeitsmarktmitteln

Qualifizierungsmaßnahmen stellen im Bereich der Arbeitsmarktförderung in Österreich seit langem die wichtigste Strategie zur Lösung von Arbeitsmarktproblemen dar. Im Jahr 2007 standen für alle Maßnahmen der aktivierenden und aktiven Arbeitsmarktpolitik insgesamt € 907 Mio. (2006: 927) zur Verfügung, davon wurden allein für Qualifizierungsmaßnahmen Erwachsener (25+) rund € 267 Mio. (2006: € 297 Mio.) eingesetzt. Die Mittel für Qualifi-

[4] Die 297 Mio EUR beziehen sich auf das Jahr 2004 (siehe: Lassnigg et al. 2006, S. 11), die 330 Mio EUR beziehen sich auf Schlögl/Schneeberger 2004.

zierung im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik stammen aus selbstverwalteten Beiträgen der ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen, die auf gesetzlicher Basis eingehoben werden. Ergänzt werden diese durch Mittel des Europäischen Sozialfonds (Schulung von Beschäftigten) sowie Sonderdotierungen auf Grundlage politischer Initiativen der Gebietskörperschaften.

Im Jahr 2006 besuchten rund 170.000 Personen (davon 86.400 Frauen) vom AMS beauftragte Kurse. Dafür wurden € 321,34 Mio. aufgewendet. Die durchschnittliche Dauer der Kursteilnahmen lag bei 65 Tagen (2005: 67 Tage). Unter dem Begriff „Qualifizierung für Arbeitslose" sind neben Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen im Auftrag des Arbeitsmarktservice (neuerdings auch auf dem freien Bildungsmarkt) auch Berufsorientierungs- und Maßnahmen zur Unterstützung der Arbeitsvermittlung (Aktivierung) sowie Trainingsmaßnahmen für Zielgruppen mit besonderen Problemstellungen enthalten (AMS 2007, S. 29).

Private Mittel von Unternehmen und BürgerInnen

Statistik Austria hat auf Grundlage der Ergebnisse der Erhebung CVTS-2 eine Abschätzung der betrieblichen Ausgaben vorgenommen. Diese ermittelt Gesamtausgaben für 1999 von EUR 723 Mio. betriebliche Gesamtausgaben (für 2005 1.060 Mio.). Dies umfasst EUR 437 Mio. direkte Schulungskosten der Unternehmen für 1999 mit zehn oder mehr Beschäftigten. CVTS-2 berücksichtigt demnach nicht die Klein- und Kleinstunternehmen. Weiters sind Weiterbildungsaktivitäten des öffentlichen Sektors, des Gesundheitssektors, des gesamten land- und forstwirtschaftlichen Bereiches und möglicherweise eines Teils der freien Berufe nicht abgebildet. Um umfassendere Zahlen der Bildungsausgaben zu erhalten, müssen diese Bereiche aber mit berücksichtigt werden. Um alle Beschäftigten im privaten Bereich – auch bei Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten (immerhin über 20 Prozent der Unternehmen) – zu berücksichtigen und so eine Unterschätzung zu vermeiden, sollte entsprechend hochgerechnet werden. Entsprechende Abschätzungen für Werte aus 1999 ergeben Gesamtwerte für Unternehmen zwischen EUR 505 Mio. und 536 Mio.[5]

Die aktuellsten Daten von Statistik Austria zur betrieblichen Weiterbildung aus CVTS-3 weisen einen Anteil von 55,9 Prozent der direkten Kosten an den Gesamtkosten für Kurse der betrieblichen Weiterbildung (= Kurskosten plus Lohnausfallskosten: EUR 1.062,2 Mio.) im Betrachtungszeitraum 2005 aus. Das entspräche allein für Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten bereits einem Betrag von **EUR 593,8 Mio.**[6]

Der individuelle Aufwand für direkte Weiterbildungskosten seitens der **Bevölkerung** wurde in den letzten Jahren mehrfach abzuschätzen versucht. Die ermittelten Werte für Bezugsjahre Ende der 1990er weisen jedoch eine erhebliche Spanne auf, nämlich **zwischen EUR 369 und 860 Mio.**[7] und berücksichtigen z.T. ausschließlich berufliche Weiterbildung.

---

[5] Schätzung Markowitsch/Hefler 2003: 505 Mio, Schlögl/Schneeberger 2004: 520 Mio, Lassnigg et al 2006: 536 Mio.

[6] Statistik Austria: Weiterbildungskosten im Verhältnis zu den Personalaufwendungen 2005, Europäische Erhebung über betriebliche Bildung (CVTS-3). Erstellt am: 5.12.2007. (*http://www.statistik.gv.at/web_de/static/weiterbildungskosten_im_verhaeltnis_zu_den_personalaufwendungen_2005_020923.pdf*, 7.4.2008)

[7] Schätzung IHS 1999: 369 Mio, Schlögl/Schneeberger 2004: 860 Mio.

2.2.2 Indirekte Aufwendungen

Bei den Ausgaben der öffentlichen Hand für Erwachsenenbildung wären schließlich auch die **Steuerverzichte des Staates** aufgrund von Bildungsfreibeträgen für Arbeitgeber und Abschreibungsmöglichkeiten von ArbeitnehmerInnen anzuführen. Daten hierzu liegen nicht in publizierter Form vor. Aufgrund der Erweiterungen dieser Möglichkeiten im 2002 wird diese Form der indirekten bzw. Anreizfinanzierung durch den Staat aber zunehmend bedeutsamer.

Neben den direkten Bildungskosten fallen für die Unternehmen noch **Lohnkosten während der Schulung** (sofern diese in der Arbeitszeit erfolgt) an. Schätzungen diesbezüglich gehen auf Basis von Werten der CVTS-2-Erhebung von jährlich EUR 370,7 Mio. aus (Lassnigg et al 2006, S. 15). Die aktuellsten Daten der Statistik Austria dazu aus CVTS-3 im Betrachtungszeitraum 2005 weisen einen Anteil von 44,1% an den Gesamtkosten für betriebliche Weiterbildung aus. Das entspräche allein für Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten bereits einem Betrag von **EUR 468,4 Mio.**[8]

Eine Analyse der rund 1.400 Kollektivverträge nach speziellen Vereinbarungen über Weiterbildungszeit zeigt eine grundsätzlich geringe Verankerung von Bildungszeitmodellen bzw. Freistellungsregelungen (etwa zwei Prozent zeigen entsprechende punktuelle Vereinbarungen). Die Regelungen zum Zeitausmaß, welches den Beschäftigten für betriebliche Weiterbildungsmaßnahmen zugestanden wird, beinhalten i.d.R. ein bis fünf Tage pro Jahr und stellen die häufigsten Inhalte in den Kollektivverträgen zum aktuellen Thema dar. In einzelnen Fällen handelt es sich dabei um ein exakt geregeltes Recht auf Bildungsfreistellung (vgl. Schlögl/Lachmayr 2004).

Individuelle Opportunitäts- oder Alternativkosten in Bezug auf Bildung werden meist durch entgangene Entlohnung für Erwerbsarbeit widergespiegelt, denn die Dauer, in der sich eine Person in Ausbildung befindet, bedeutet einen Verzicht auf Einkommen in dieser Zeit. Das IHS hat auf Basis der Daten des MZ 2003 und von CVTS-2 eine Schätzung der Opportunitätskosten der Individuen in der Höhe von **jährlich rd. EUR 250 Mio.** vorgenommen (Lassnigg/Vogtenhuber/Steiner 2006, S. 18).

Neben direkten Kosten (wie Kursgebühren, Honorare, eventuellen Reise- und Aufenthaltsspesen etc.) kommen mitunter weiterer Aufwand bzw. Kostenfaktoren hinzu, die nicht immer direkt durch monetär bewertbare Belege manifest werden. Diesbezüglich sind Verzichte von weiterbildungsaktiven Personen zu berücksichtigen, die insbesondere das soziale Gefüge und die individuelle Lebenssituation mehr oder weniger deutlich beeinflussen. Diese Kostenfaktoren können als individuelle soziale Kosten der Weiterbildung bezeichnet werden, dies sind u.a. Einbussen wie Freizeit- bzw. Regenerationsverlust, finanzieller Mehraufwand durch erforderliche persönliche Dienstleistungen in Haushalt oder Familie, Verzicht auf Karrieremöglichkeiten und Verzicht auf soziale Kontakte. Diese Faktoren haben unterschiedliche

[8] Statistik Austria: Weiterbildungskosten im Verhältnis zu den Personalaufwendungen 2005, Europäische Erhebung über betriebliche Bildung (CVTS-3). Erstellt am: 5.12.2007.
(*http://www.statistik.gv.at/web_de/static/weiterbildungskosten_im_verhaeltnis_zu_den_personalaufwendungen_2005_020923.pdf*, 7.4.2008)

Bedeutung und Höhe je nach Lebens- und Arbeitssituationen oder Dauer der konkreten Bildungsmaßnahme (vgl. Schlögl/Lachmayr/Gutknecht-Gmeiner 2004).

Summiert man all diese Werte auf und setzt sie zum BIP ins Verhältnis zeigt sich, dass dieser Wert rund 1,2 Prozent des BIP[9] ausmacht.

2.2.3 Lernzeitmodelle

Die grundsätzliche Anerkennung von Bildungszeit wird – unter Ausnahme der weiter oben genannten Freistellungsregelungen – in Österreich im Wesentlichen in nachstehenden vier gesetzlich verankerten Möglichkeiten umgesetzt (vgl. Wagner 2007, Schlögl/Lachmayr 2004):

Die **Bildungskarenz** ist Beurlaubung einer DienstnehmerIn gegen Entfall des Arbeitsentgeltes zum Zweck der beruflichen Weiterbildung. Somit soll die Bildungskarenz ArbeitnehmerInnen die Teilnahme an beruflichen Aus- oder Weiterbildungsmaßnahmen erleichtern, ohne dass sie dafür das Dienstverhältnis auflösen müssen. Laufende gesetzliche Anpassungen zur Erleichterung der Inanspruchnahme finden statt.

Das **SelbsterhalterInnenstudium** ist eine besondere Form der Studienbeihilfe, die unabhängig vom Einkommen der Eltern (Sozialstipendien) ausgezahlt wird und an eine gewisse Zeit von vorangegangener Erwerbstätigkeit geknüpft ist. Das **Studienabschlussstipendium** soll bereits Berufstätige beim schnellen Abschluss des Studiums unterstützen. Für Studierende mit Kind ist ein Zuschuss möglich.

Die **besondere SchülerInnenbeihilfe** ist eine finanzielle Unterstützung für Personen, welche eine höhere Schule für Berufstätige besuchen und sich auf die Reifeprüfung vorbereiten.

Weiters kann darauf hingewiesen werden, dass für betriebliche Interessenvertretungen (BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen) spezielle Freistellungsregelungen für Bildungszwecke bestehen, die gesetzlich geregelt sind.

In nachfolgender Gegenüberstellung werden die wichtigsten Merkmale der Bildungskarenz sowie der Stipendien und SchülerInnenbeihilfen für Berufstätige dargestellt.

Tabelle 2-2: Übersicht der Bildungszeitmodelle in Österreich

Kriterien	Bildungs-karenz	Selbsterhalter-Innenstipendium	Studienabschluss-stipendium	Besondere SchülerInnenbeihilfe
Zielgruppe	Arbeit nehmerInnen generell	Berufstätige Studierende	Berufstätige Studierende unmittelbar vor Studienabschluss	Berufstätige SchülerInnen einer höheren Schule für Berufstätige im Maturajahr
Altersgrenzen	keine	bis 30 (35) Jahre	bis 41 Jahre	bis 30 (35) Jahre

[9] Berechnet am Wert des BIP von 2004.

Kriterien	Bildungs-karenz	Selbsterhalter-Innenstipendium	Studienabschluss-stipendium	Besondere SchülerInnenbeihilfe
Dauer der Unterstützung	zwischen 3 und 12 Monate	Stipendienrechtlich ident mit Sozialstipendium	maximal 12 Monate	maximal 6 Monate
Einführung	1998	1969	1999	1983
Gesetzliche Grundlage	§ 11 des AVRAG sowie § 26 ALVG in der geltenden Fassung	Bundesgesetz über die Gewährung von Studienbeihilfen und anderen Studienförderungs-maßnahmen BGBl. I Nr. 305/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000	Bundesgesetz über die Gewährung von Studienbeihilfen und anderen Studienförderungs-maßnahmen BGBl. I Nr. 305/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 142/2000	§ 10 des Schülerbeihilfen-gesetz 1983 (SchBG 1983) in der geltenden Fassung
Zuständigkeit	Regionale Geschäftsstelle des AMS	Studienbeihilfen-behörde	Studienbeihilfen-behörde	Landesschulrat bzw. Stadtschulrat für Wien

Quelle: Schlögl/Lachmayr 2004, vereinfacht

2.2.4 Finanzierungsinstrumente

Die Finanzierungshöhe durch verschiedene Institutionen ist ein wesentlicher Indikator. Aber insbesondere in den letzten Jahren bedeutsam wird die Einführung von verschiedenen Finanzierungsmechanismen seitens der Geldgeber. Neben der rückläufigen traditionellen Subventionspraxis nehmen neue Finanzierungsformen wie Projektfinanzierung und Individualförderung immer mehr Raum ein. Dies gilt sowohl für Mittel der Gebietskörperschaften als auch die Interessenvertretungen. Um die Vielfalt der Fördermodelle der Bundesländer transparenter zu gestalten, wurde 2008 seitens des BMUKK eine Expertengruppe eingesetzt.

2007/08 wurde eine laufende Umstellung der Strukturförderungen auf Leistungsvereinbarungen (verbindliche und operationale Ziele) zwischen Ministerium und den KEBÖ-Verbänden vereinbart.

Im Rahmen der Aktion „Begabtenförderung“ werden seitens des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit und den Wirtschaftskammern Österreichs die vom IFA-Verein (Internationaler Fachkräfteaustausch) abgewickelten Kurse für das Selbständigwerden, wie z.B. Meisterprüfungskurse, Unternehmerprüfungskurse und Befähigungskurse und Kurse zur Höherqualifizierung, wie z.B. Werkmeisterschulen, Berufsreifeprüfung und Fachakademien sowie Auslandsaufenthalte, wie Praktika und Sprachkurse im Ausland, gefördert. So wird jährlich mit einem Subventionsvolumen um die € 370.000,- die Teilnahme von ca. 1.200 Personen an rund 1.400 Weiterbildungsveranstaltungen unterstützt.

3 Qualität der Erwachsenenbildung: Angebote, Teilnahmen und Leistungen

3.1 Angebot an Erwachsenenbildung und institutioneller Rahmen

Generell lässt sich in der Erwachsenenbildung in Österreich neben den öffentlichen Instanzen in Bund, Ländern und Gemeinden ein starkes Engagement der Interessenvertretungen und auch der Religionsgemeinschaften feststellen. Diese gestalten über Bildungseinrichtungen bzw. deren (Dach-)Verbände die Erwachsenenbildungslandschaft aktiv mit. Die InteressenvertreterInnen sind in der Verwaltung des *Arbeitsmarktservice (AMS)* auf Bundes-, Landes- und regionaler Ebene aktiv eingebunden.

Das Arbeitsmarktservice (AMS) als zuständige Einrichtung ist selbst kein Bildungsanbieter, sondern finanziert Schulungen. Das AMS ist in Bundes-, Landes- und Regionalorganisationen gegliedert. Die Sozialpartner beteiligen sich auch an der Entwicklung politischer Maßnahmen in der Erwachsenenbildung, stehen in Verbindung mit Erwachsenenbildungsinstitutionen und bieten subjektbezogene Bildungsförderungen (Bildungsschecks, Zuschüsse etc.) an.

Die Schätzungen über die Anzahl der einschlägigen Einrichtungen in Österreich gehen deutlich auseinander. Diese Bandbreite resultiert einerseits aus der Vielgestaltigkeit von Institutionen, die Lernprozesse Erwachsener organisieren oder begleiten, andererseits aus unterschiedlichen Eingrenzungen und strukturellen Kriterien, die den Beschreibungen zugrunde liegen. Eine 2004 durchgeführte Vollerhebung (siehe Gutknecht-Gmeiner & Schlögl 2007) konnte 1.755 Erwachsenenbildungs-/Weiterbildungseinrichtungen als eigene Rechtsperson in Österreich identifizieren.

Allgemeine und berufliche Erwachsenenbildung wird in Österreich in verschiedenen Einrichtungen angeboten. Eine Annäherung an die Verteilung der kursartigen Erwachsenenbildung nach Anbietern bieten die Daten des Mikrozensus vom Juni 2003. Hier werden nicht „Teilnahmen“, sondern „TeilnehmerInnen“ (einmalige Erfassung) von Kursen gezählt, was durchaus von Einfluss auf die Verteilung nach Anbietern sein kann.

Die Veranstalter des zuletzt besuchten Kurses der rund 1,4 Millionen KursteilnehmerInnen (Zeitraum von 12 Monaten), die im Juni 2003 befragt wurden, lassen sich grob folgenden Anbieterkategorien zuordnen:

- betriebliche sowie betriebsnahe Einrichtungen der Weiterbildung und Schulung,
- Erwachsenenbildungsanbieter gemeinnütziger Art,
- (zumeist kleine) private Bildungsanbieter und
- Schulen, Fachhochschulen, Universitäten etc.

Die Teilnahme nach Bildungsanbietern ist vor allem vom aktuellen Lebensunterhaltsstatus der BefragungsteilnehmerInnen bestimmt (siehe Tabelle 3-1).

Tabelle 3-1: Veranstalter von allgemeiner und beruflicher Erwachsenenbildung nach Lebensunterhalt der 2002-2003 an Kursen Teilnehmenden, in %

Veranstalter besuchter Kurse	Erwerbs-tätige	Arbeits-lose	Haushalt-führend	Karenz	Pension	Gesamt
Eigener Betrieb, Hersteller-/ Lieferfirma, Mutter/Beteiligungs-gesellschaft des Betriebes	32,6	6,4	4,1	17,9	3,4	26,1
Private Bildungsanbieter	14,9	12,0	12,8	14,6	11,3	15,5
Sonstige Anbieter	12,8	14,1	23,0	16,9	22,6	14,7
Arbeitgeberverbände, WIFI etc.	11,9	12,1	6,4	5,2	3,8	10,3
Arbeitnehmerverbände, BFI etc.	6,2	35,2	11,6	13,2	3,5	6,9
LFI-Ländliches Fortbildungs-institut	2,0	–	3,4	0,3	11,0	2,4
VWG-Volkswirtschaftliche Gesellschaft	0,2	–	1,1	–	0,4	0,2
VHS-Volkshochschulen; öffentliche Bildungsanbieter	6,6	10,2	19,6	9,3	31,3	9,0
Caritas, Rotes Kreuz	4,3	4,6	8,4	9,5	5,5	4,6
Bildungswerk	1,4	1,9	1,8	3,2	3,1	1,5
Schule mit Öffentlichkeitsrecht	3,3	2,7	3,8	2,1	2,4	4,0
Universität, Hochschule	2,7	0,5	3,5	4,8	1,6	3,4
Fachhochschule	1,2	0,3	0,6	3,1	0,1	1,4
Gesamt	100,1	100,0	100,1	100,1	100,0	100,0
Anzahl KursteilnehmerInnen in 1.000	1.095,1	49,4	57,3	17,1	96,5	1.436,5

Quelle: Statistik Austria, MZ Juni 2003

Stark vertreten sind dabei gemeinnützige Einrichtungen sowie Sonderformen von öffentlichen Schulen. Durch den steigenden formalen Bildungsstand der Bevölkerung kommt aber auch den Universitäten und den Fachhochschulen eine zunehmend wichtige Rolle in der Erwachsenenbildung zu.

Im Bereich der berufsbezogenen Erwachsenenbildung kommt Unternehmen mit Erwerbscharakter erheblicher Stellenwert zu. Laut CVTS-3 entfielen 42 Prozent der in externen Kursen verbrachten Arbeitsstunden auf private Bildungsanbieter mit Erwerbszweck.[10] Außerdem gibt es spezialisierte Weiterbildungseinrichtungen für LehrerInnen (Pädagogische Institute und Akademien) und sonstige Berufsgruppen (Beamte, freie Berufe, etc.).

Nach der Zielsetzung lassen sich *zwei Formen* der Erwachsenenbildung differenzieren: Dies sind einerseits Veranstaltungen mit dem Ziel der Bescheinigung des Lernfortschritts in Form

[10] Brigitte Salfinger, Guido Sommer-Binder: Erhebung über betriebliche Bildung (CVTS-3), in: Statistik Austria, Statistische Nachrichten 12/2007, S. 1115.

eines öffentlich-rechtlich anerkannten Zeugnisses, andererseits Veranstaltungen, die auf allgemeinen oder fachlichen Wissenserwerb ohne zertifizierten Prüfungsabschluss gerichtet sind. Der *zeugnisorientierte Typ* wird in der Regel in Ausbildungsgängen ermöglicht, die curricular den Erstausbildungen entsprechen. Diese sind zumeist öffentliche Schulen für Berufstätige oder Vorbereitungskurse auf Externisten-Prüfungen. 1997 wurde als weitere Möglichkeit die *Berufsreifeprüfung (BRP)* eingeführt, für die unter anderem kostenpflichtige Vorbereitungskurse von gemeinnützigen Erwachsenenbildungseinrichtungen (teilweise auch mit Prüfungskompetenz für einzelne Fächer) angeboten werden. Bislang haben mehr als 15.000 Personen die BRP abgelegt (siehe dazu Abschnitt 3.2).

Eine Sonderform abschlussbezogener Erwachsenenbildung stellen die Universitätslehrgänge, FH-Lehrgänge und die Lehrgänge universitären Charakters dar. Laut Universitätsbericht 2005 absolvierten im Wintersemester 2007 rund 12.000 Personen einen solchen Lehrgang.

Zunehmende Verbreitung finden auch internationale Zertifikate, die von Firmen oder Berufsverbänden geschaffen wurden und insbesondere im EDV-Informatik-Bereich auf breites Interesse stoßen. Die überwiegende Anzahl an angebotenen Kursen und Kursteilnahmen betrifft aber nach wie vor die nicht-zeugnisorientierten Veranstaltungen in der allgemeinen und beruflichen Erwachsenenbildung.

Gemeinnützige Anbieter

Die gemeinnützigen Anbieter in Österreich haben traditionell großen Stellenwert in der allgemeinen und außerbetrieblichen beruflichen Weiterbildung in Österreich. In ihrer Entwicklung und Struktur spiegeln sich Politik, Religion und Verbände des Landes. Die großen Anbieter, die nachfolgend genannt werden, haben sich in der Konferenz der Erwachsenenbildungsanbieter Österreichs (KEBÖ) zusammengeschlossen.

Tabelle 3-2: Teilnahmen an Veranstaltungen der in der Konferenz der Erwachsenenbildung Österreichs (KEBÖ) zusammengeschlossenen Organisationen nach Art der Veranstaltung, Arbeitsjahr 2006

Verbände	Kurzveranstaltungen	Kurse
RÖBW	298.374	104.211
BVÖ [1)]	–	–
FORUM	414.312	144.728
VÖV	76.218	463.209
LFI	331.409	117.365
VÖGB	119.635	96.926
WIFI	–	292.344 [2)]
ARGE BHÖ	136.481	151.417
BFI	–	197.670
VG-Ö	28.789	29.514
Insgesamt	**1.405.218**	**1.597.384**

1) Eingetragene Benutzer; nicht in der Gesamtsumme der Teilnahmen enthalten.

2) Inklusive Teilnahmen an Kurzveranstaltungen.

ARGE BHÖ = Arbeitsgemeinschaft der Bildungshäuser Österreichs, BFI = Berufsförderungsinstitut Österreich, BVÖ = Büchereiverband Österreichs, FORUM = Forum Katholischer Erwachsenenbildung in Österreich, LFI = Ländliches Fortbildungsinstitut, RÖBW = Ring Österreichischer Bildungswerke, VG-Ö = Volkswirtschaftliche Gesellschaft Österreich – Verband für Bildungswesen, VÖGB = Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung, VÖV = Verband Österreichischer Volkshochschulen, WIFI = Wirtschaftsförderungsinstitut der Wirtschaftskammer Österreich.

Quelle: Konferenz der Erwachsenenbildung Österreichs (KEBÖ). – Erstellt am: 03.01.2008.

Die Volkshochschulen sind die traditionsreichste Einrichtung der Erwachsenenbildung in Österreich und mehr als 100 Jahre alt. Der Verband Österreichischer Volkshochschulen (VÖV) mit seiner Pädagogischen Arbeits- und Forschungsstelle (PAF) ist der Dachverband für neun als Vereine organisierte Landesverbände mit unterschiedlicher Trägerstruktur. Laut KEBÖ-Statistik 2005 gab es im Berichtszeitraum 2004/05 insgesamt 272 Volkshochschulen in Österreich.

Das Forum Katholischer Erwachsenenbildung umfasst mehr als 60 Einrichtungen mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung: katholische Bildungswerke, Bildungshäuser, Fernkurse, Fachbildungseinrichtungen (z.B. Katholische Sozialakademie). Während die Bildungswerke in rund 1.700 Einsatzorten spezifisch auf die Bedürfnisse in den Regionen eingehen, liegt der Schwerpunkt der Bildungshäuser in intensiven und länger andauernden Bildungsgängen.

Die Bildungshäuser sind Einrichtungen der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Dem Dachverband Arbeitsgemeinschaft der Bildungshäuser Österreich, organisiert als Verein, gehören 18 Bildungshäuser an (KEBÖ-Statistik 2005). Die Arbeitsgemeinschaft hat den Zweck, Bildungshäuser organisatorisch zusammenzufassen und nach außen hin zu vertreten. Jedes Bildungshaus – ob getragen von Bund, Kirche, Ländern oder den bäuerlichen Interessensvertretungen – ist in der Gestaltung seiner Programme eigenständig.

Der Ring Österreichischer Bildungswerke fungiert als Plattform von drei Teilverbänden, und zwar dem Verband Österreichischer Volksbildungswerke (VÖVBW), der Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Bildungswerke (AEBW) und der Arbeitsgemeinschaft für regionale Kultur und Bildung. Er fördert die Zusammenarbeit zwischen den Teilverbänden, koordiniert den Gedanken- und Erfahrungsaustausch und vertritt gemeinsame bildungspolitische Interessen.

Das Berufsförderungsinstitut Österreich (BFI) ist mit den BFI-Landesvereinen die berufliche Erwachsenenbildungseinrichtung der Kammern für Arbeiter und Angestellte und des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. Das BFI führt zu einem erheblichen Anteil Arbeitsmarktschulungen im Auftrag des AMS durch und verfügte im Jahr 2006 über 143 Bildungszentren. Der Dachverband koordiniert und betreut die BFI-Landesvereine und hält (inter)nationale Kontakte zu staatlichen und gemeinnützigen Erwachsenenbildungseinrichtungen.

Der Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung (VÖGB) fungiert als Einrichtung der Arbeiterkammern und der Gewerkschaften. Die Bildungshäuser des VÖGB haben die Aufgabe, Funktionärinnen und Funktionäre, MitarbeiterInnen und Mitglieder der Arbeitnehmerorganisationen aus- und weiterzubilden.

Die Wirtschaftsförderungsinstitute der Wirtschaftskammer Österreich (WIFI) sind Serviceeinrichtungen der Wirtschaftskammern, die in allen Bundesländern vertreten sind. Das WIFI ist der Anbieter mit der größten TeilnehmerInnenzahl in der beruflichen Weiterbildung in Österreich. Die Bildungsveranstaltungen sprechen Zielgruppen aller betrieblichen Ebenen an (vom ungelernten Arbeiter bis zum Unternehmer). Das WIFI auf Bundesebene erfüllt koordinierende Aufgaben zwischen den Einrichtungen in den Bundesländern.

Die Volkswirtschaftliche Gesellschaft Österreich (VG-Ö) als Dachverband und die mit ihr verbundenen Volkswirtschaftlichen Gesellschaften in den Bundesländern sind der Wirtschaft

nahe stehende Bildungseinrichtungen. Eine bevorzugte Zielgruppe sind Führungskräfte und MitarbeiterInnen aus Wirtschaft und Verwaltung sowie LehrerInnen. Die VG-Ö wirkt aktiv an bildungspolitischen Prozessen und Strategieentwicklungen (z.B. Lifelong Guidance-Strategie) mit.

Das Ländliche Fortbildungsinstitut (LFI) ist eine gesamtösterreichische Einrichtung der Erwachsenenbildung im ländlichen Raum. Der primäre Tätigkeitsbereich des LFI ist die berufsbezogene Erwachsenenbildung im Bereich der Land- und Forstwirtschaft sowie der ländlichen Hauswirtschaft. Die Bildungsvermittlung wird als Hilfe zur Bewältigung der ökonomischen und kulturellen Veränderungen im ländlichen Raum verstanden.

Die Öffentlichen Büchereien Österreichs sind in einem erweiterten Sinn ebenfalls grundlegende Einrichtungen der Erwachsenenbildung. Der Bestand der Öffentlichen Büchereien umfasst Bereiche wie Wissenschaft, Kunst, Literatur, Politik, aber auch Entspannung und Unterhaltung; im Angebot sind aber auch AV-Medien (CD-ROMs, CDs, Videokassetten, Tonkassetten) sowie Spiele und Zeitschriften. Der Büchereiverband Österreichs ist der Dachverband der Öffentlichen Büchereien und vertritt deren Interessen.

Schulen für Berufstätige – Lehrabschlüsse im Zweiten Bildungsweg

Alle schulischen Abschlüsse der Sekundarstufe I und II und der Lehrlingsausbildung können in Österreich in der Erwachsenenbildung nachgeholt oder absolviert werden. Am stärksten sind dabei die berufsbildenden höheren Schulen (BHS) für Berufstätige vertreten (über 3.000 Abschlüsse pro Jahr). Die fachlichen Bereiche dieser Sonderformen sind identisch mit Hauptformen für Jugendliche im Alter von 14 bis etwa 19 Jahren bzw. mit den Tagesformen und umfassen technisch-gewerbliche, kaufmännische sowie andere Berufsfelder. Die berufsbildenden mittleren Schulen (BMS) für Berufstätige weisen in technisch-gewerblichen Sparten (Werkmeisterschulen, Bauhandwerkerschulen, Meisterschulen) stärkere Teilnehmer- und Absolventenzahlen als im kaufmännischen Fachbereich auf. Die allgemeinbildenden höheren Schulen für Berufstätige kommen auf etwa 400 Abschlüsse pro Jahrgang. Außerdem werden auch Kollegs für Berufstätige angeboten.

Im Schuljahr 2006/07 gab es österreichweit 555 Berufsbildende Mittlere und Höhere Schulen (Statistik Austria, Schulstatistik, erstellt am 18.1.2008). Auch in der Lehrlingsausbildung ist der Zweite Bildungsweg ein quantitativ wichtiger Pfad. Diesen Umständen Rechnung tragend wurden zum Beispiel im OECD-Prüfbericht zum „Adult learning“ vom Juni 2004 die Anbietervielfalt und die Möglichkeiten des Zweiten Bildungsweges als Stärken der Qualifizierungsstrategie von Bund und Ländern hervorgehoben (OECD 2004, S. 6ff.).

Auch die Sozialakademien (zwischenzeitlich in Fachhochschul-Studiengänge umgewandelt) und sozialberuflichen Fachschulen (z.B. für Altenpflege) und Schulen für Gesundheits- und Krankenpflege mit anschließenden Sonderausbildungen (laut Gesundheits- und Krankenpflegegesetz) stehen für Erwachsene offen bzw. werden teilweise in eigenen Formen für Erwachsene geführt.

Der Zweite Bildungsweg betrifft auch die Lehrlingsausbildung für Erwachsene. Die ausnahmsweise Zulassung zur Lehrabschlussprüfung ohne Absolvierung einer Lehre gewinnt

an Bedeutung (2006 beliefen sich rund 15 Prozent der Prüfungen insgesamt auf ausnahmsweise Zulassungen). Vorbereitungskurse werden vor allem vom AMS finanziert und von BFI und WIFI, aber auch einzelnen Unternehmen, durchgeführt.

Wachsender Beliebtheit erfreut sich die Berufsreifeprüfung (BRP). Im Wintersemester 2005/06 haben sich rund 9.500 Personen in speziellen Lehrgängen der Volkshochschulen, Berufsförderungsinstitute, Wirtschaftsförderungsinstitute und sonstigen Einrichtungen auf Teilprüfungen der Berufsreifeprüfung vorbereitet.

Schwerpunktprogramm des BMUKK

Der Schwerpunkt der Erwachsenenbildung des BMUKK liegt generell bei der Verbesserung des Zugangs zu Lebenslangem Lernen (LLL). Ziel ist es, Strukturen und Strategien zur Unterstützung von Bildungsprozessen zu entwickeln, die zur beruflichen Positionierung, persönlichen Entfaltung und gesellschaftlichen Weiterentwicklung gleichermaßen beitragen.

Angebote zur Basisbildung und zum Nachholen von Bildungsabschlüssen (wie etwa dem Hauptschulabschluss) sollen den Weg zu weiterführender allgemeiner und beruflicher Bildung und Lebenslangem Lernen ermöglichen. Besonderes Augenmerk wird auf benachteiligte Personengruppen (gering Qualifizierte, sog. Bildungsferne, MigrantInnen, etc.) sowie zielgruppen- und erwachsenengerechte Angebote, deren Weiterentwicklung und innovative Ansätze und Modelle gelegt. Gender und Diversity Mainstreaming bilden Querschnittthemen, die zur Chancengerechtigkeit beitragen. Die Maßnahmen sollen der Verbreiterung des Zugangs zur Bildung und der Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Bildungsebenen und zwischen Bildung und Beruf dienen.

Die Notwendigkeit des Zugangs zur Erwachsenen- und Weiterbildung wird in vielfältiger Hinsicht thematisiert und ins Bewusstsein geholt und durch Bildungsinformation, -beratung und -orientierung erleichtert. Weiters wird die Steigerung der Qualität und Professionalisierung in der Erwachsenenbildung unterstützt, auf die Sicherstellung der Grundstrukturen der österreichischen Erwachsenenbildung geachtet und die Zusammenarbeit und Vernetzung gefördert.

Einige dieser Vorhaben werden im Rahmen von Entwicklungspartnerschaften und regionalen/überregionalen Netzwerken umgesetzt und während der aktuellen Programmperiode (2007-2013) von BMUKK und ESF gemeinsam finanziert.

Pädagogische Hochschulen

Mit der gesetzlichen Neuregelung der Bildungseinrichtungen für LehrerInnen im Jahr 2005 bzw. der damit verbundenen Anhebung der Ausbildung von Lehrkräften auch im Pflichtschulbereich auf tertiäres Niveau ist die LehrerInnenfort- und -weiterbildung zu einem noch wichtigeren Instrument der Personalentwicklung geworden Die Angebote der Pädagogischen Hochschulen tragen diesem Umstand im Sinne eines zeitgemäßen Aus-, Fort- und Weiterbildungskontinuums Rechnung.

Die Angebote haben die Kontinuität im Hinblick auf vorangegangene Aus- und Weiterbildungsmodule sowie den aktuellen Bedarf zu beachten und in der inhaltlichen Gestaltung zu

berücksichtigen. Dabei werden auch Kooperationen und Synergien zwischen den Standorten sowie mit Universitäten und anderen Bildungseinrichtungen angestrebt.

Unter Fort- und Weiterbildung sind alle persönlichkeitsbildenden, fachlich vertiefenden oder berufsfeldbezogenen Angebote zu verstehen, die der Professionalisierung der LehrerInnen dienen und nicht primär weitere formale Qualifikationen und Berechtigungen zum Ziel haben. Zweck der Fortbildung ist es, die berufliche Handlungsfähigkeit zu erhalten, anzupassen, zu vertiefen oder zu erweitern.

Jene Angebote der Weiterbildung, die zu definierten zusätzlichen Qualifikationen (formaler Bildungsbereich) führen, sind oftmals mit neuen Berechtigungen verbunden und werden auch mittels ECTS ausgewiesen (Workload).

Universitäten und Fachhochschulen

Die Universitäten bieten postgraduale Studien für Absolventinnen und Absolventen sowie Universitätslehrgänge (ULG) für einen breiteren Interessentenkreis an. Die Einführung des Universitätsgesetzes 2002 hat den österreichischen Universitäten weitreichende Autonomie gebracht, darunter fällt auch das universitäre Weiterbildungsangebot. Die Universitäten haben ihr Angebot an ULG quantitativ und qualitativ in den letzten Jahren ausgebaut (vgl. z.B. Steigerung der Studierendenzahlen, Anteil an Gesamtstudierendenzahl etc.). Auch in den Leistungsvereinbarungen zwischen den Universitäten und dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (BMWF), die erstmals 2006 abgeschlossen wurden, hat die Weiterbildung als Leistungsbereich der Universitäten ihren Eingang gefunden. In der gegenwärtigen Leistungsvereinbarungsperiode (2007-2009) konzentriert sich ein Großteil der Universitäten auf den jeweiligen Ausbau bzw. die Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung ihrer Weiterbildungsangebote, Alumni-Aktivitäten und den Einsatz flexibler Lehr- und Lernangebote.

Die Donau-Universität Krems führt ausschließlich Weiterbildungsangebote/Universitätslehrgänge durch. Sie stellt derzeit mehr als ein Drittel des universitären Weiterbildungsangebotes. An der Universität Linz wurde 1991 das Zentrum für Fernstudien eingerichtet, dem Studienzentren in Wien, Linz, Bregenz, Steyr und Saalfelden angehören. Das Zentrum für Fernstudien kooperiert mit der Fernuniversität Hagen und ist Mitglied im Dachverband der European Association of Distance Teaching Universities (EADTU; in diesem Zusammenhang gibt es auch eine Zusammenarbeit mit der Open University).

Der 1994 begründete Fachhochschulsektor hat auch für die Erwachsenenbildung zunehmende Relevanz. 29 Prozent der im Wintersemester 2005/06 erstmalig aufgenommenen Studierenden waren über 25 Jahre alt (gegenüber 10 Prozent an den Universitäten) (Statistik Austria, Hochschulstatistik 2005/06, S. 148, 214). Im Studienjahr 2005/06 entfielen darüber hinaus 32 Prozent der Studierenden an einer FH auf die berufsbegleitende Studiengangsform laut Auswertungen des Fachhochschulrates.

Neben den staatlichen Universitäten gibt es Privatuniversitäten gemäß Akkreditierungsgesetz (1999). Diese bieten teilweise postgraduale Lehrgänge an. Im Jahr 2006 gab es in

Österreich insgesamt 12 solcher Privatuniversitäten mit knapp 3.900 Studierenden. Außeruniversitäre Bildungseinrichtungen – z.B. gemeinnützige Erwachsenenbildungseinrichtungen – können Lehrgänge universitären Charakters (LUC) nach festgelegten Kriterien durchführen.

Zugangsvoraussetzungen

Die Zugangsvoraussetzungen zur Erwachsenenbildung unterscheiden sich im Wesentlichen nach Sektor und vor allem nach Abschlusszielen. In der gemeinnützigen Erwachsenenbildung gibt es dort, wo es um fachliche Anpassungsweiterbildung geht, keine formalen Aufnahmevoraussetzungen. In Fällen, in denen fachliche Voraussetzungen erforderlich sind, werden allerdings vor Kursbeginn Beratungs- und Einstufungsgespräche angeboten und geführt, um einen möglichst effizienten Verlauf zu ermöglichen. Die Zugangsvoraussetzungen im öffentlichen schulischen und hochschulischen Sektor der Erwachsenenbildung hängen von der Art des Lehrgangs oder der Abendschule ab. So haben Kollegs zumeist eine Reifeprüfung als Voraussetzung, während höhere Schulen für Berufstätige nur einen positiven Pflichtschulabschluss voraussetzen.

Zielsetzungen

Die Zielsetzungen der Erwachsenenbildung unterscheiden sich zwischen allgemeiner und beruflicher Erwachsenenbildung, auch wenn sich diese vielfach überschneiden. Im Wesentlichen geht es aber immer um die Qualifizierung der BürgerInnen für ihre Aufgaben im privaten und gesellschaftlichen Bereich sowie im Erwerbsleben. Die berufliche Erwachsenenbildung umfasst kurze und lange Ausbildungen, wobei auch komplette Berufsausbildungen für Erwachsene nicht selten sind. Die Qualifizierungsmaßnahmen, die vom AMS finanziert werden, zielen in der Regel auf relativ rasche Re-Integration ins Erwerbsleben.

Curriculum

Die Mehrheit der Angebote der gemeinnützigen oder kommerziellen Erwachsenenbildungsanbieter orientiert sich curricular an eigenen Konzepten oder an internationalen Standards (z.B. Fremdsprachen oder EDV). Auch firmenspezifische IT-Zertifikate werden z.B. vom Wirtschaftsförderungsinstitut, dem Berufsförderungsinstitut oder den Volkshochschulen an spezialisierten Standorten angeboten. Die Schulen für Berufstätige haben die gleichen Curricula wie die Hauptformen, die von Jugendlichen im Alter von 14 bis etwa 20 Jahren besucht werden. In diesen Lehrplänen werden auch Anliegen des lebensbegleitenden Lernens mit berücksichtigt. Auch die einzelnen Gegenstände der Berufsreifeprüfung orientieren sich an den Lehrplänen der jeweiligen Schulformen.

3.2 Teilnahme an Erwachsenenbildung

Der am häufigsten verwendete Indikator zur Erfassung der Teilnahme an Aus- und Weiterbildung ist der „Strukturindikator“ zum lebenslangen Lernen der EU. Dieser bezieht sich auf allgemeine oder berufliche Bildungsbeteiligung der Bevölkerung im Haupterwerbsalter

in den letzten 4 Wochen vor der Erhebung.[11] Der EU-Benchmark zur Teilnahme Erwachsener am lebenslangen Lernen (12,5 im Jahr 2010) wurde in Österreich bereits 2005 erreicht und belief sich 2007 auf 12,8 Prozent laut Statistik Austria. Es werden jedoch laufend weitere Maßnahmen zur weiteren Erhöhung der Beteiligung am lebenslangen Lernen umgesetzt.

Tabelle 3-3: Strukturindikator Lebenslanges Lernen: Österreich 1995 bis 2006, in %

Jahr	Insgesamt	Frauen	Männer
1995	7,7	6,3	9,2
1996	7,9	6,1	9,7
1997	7,8	6,7	9,0
1999	9,1	8,4	9,8
2000	8,3	7,4	9,2
2001	8,2	7,7	8,7
2002	7,5	7,3	7,6
2003	8,6	8,6	8,6
2004*)	11,6	12,2	10,9
2005	12,9	13,5	12,3
2006	13,1	14,0	12,2
2007	12,8	14,0	11,6

Der Indikator Lebenslanges Lernen misst den Anteil der an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmenden Bevölkerung in den letzten vier Wochen vor Befragung im Alter von 25 bis 64 Jahren.

*) Zeitreihenbruch.

Quelle: Statistik Austria (09.04.2008)

Vertiefende empirische Einsichten über Teilnahme an Erwachsenenbildung hat der Mikrozensuserhebung von 2003 in Form des Ad-hoc-Moduls zum Lebenslangen Lernen ergeben. Nach diesen haben **21,8 Prozent** der über 15-Jährigen Wohnbevölkerung in den letzten 12 Monaten an *kursmäßiger* (nicht-formaler) Erwachsenenbildung teilgenommen (Männer: 23,1 Prozent, Frauen 20,5 Prozent) (Hammer et al, 2004, S. 111ff.). Bezogen auf die Erwerbstätigen lag dieser Anteilswert bei 30,9 Prozent (Männer: 30,1 Prozent, Frauen: 32,0 Prozent) (Hammer et al, 2004, S. 111ff.). Die kursmäßige Bildungsbeteiligung der Frauen ist, wenn es um allgemeine Erwachsenenbildung geht, höher als bei Männern. Sofern Frauen erwerbstätig sind, ist auch die berufliche Erwachsenenbildungsbeteiligung etwas höher. Mit der erreichten Höhe formaler Bildung erhöhen sich auch Interesse, Zugang und Beteiligung an Erwachsenenbildung.

[11] Lebenslanges Lernen bezieht sich auf Personen im Alter zwischen 25 und 64 Jahren, die angegeben haben, sie hätten vier Wochen vor der Erhebung an einer Ausbildung bzw. einem Unterricht teilgenommen (Zähler). Der Nenner besteht aus der Gesamtbevölkerung derselben Altersklasse und schließt diejenigen aus, die auf die Frage „Teilnahme an Ausbildung bzw. Unterricht" nicht geantwortet haben. Zähler und Nenner stammen beide aus der EU-Arbeitskräfteerhebung. Die Informationen beziehen sich lediglich auf Ausbildung und Unterricht insgesamt, unabhängig von der Relevanz der gegenwärtigen bzw. künftigen Beschäftigung der Befragten.

Tabelle 3-4: Beteiligung an formaler und nicht-formaler Bildung der 25- bis 64-Jährigen in den letzten 12 Monaten, Juni 2003, in %

Gliederungsmerkmal	Gesamt	Männlich	Weiblich	Differenz M-W
FORMALE BILDUNG				
Pflichtschule	9,6	10,0	9,4	–0,6
Lehre	22,7	23,5	21,5	–2,0
BMS	30,9	32,5	30,1	–2,4
AHS	45,0	47,1	43,1	–4,0
BHS	44,3	42,4	46,5	4,1
Hochschulverwandte Lehranstalt	59,4	58,9	59,6	0,7
Universität, Hochschule, FH	51,0	47,4	55,6	8,2
LEBENSALTER IN JAHREN				
25 – 29	41,7	42,5	41,0	–1,5
30 – 34	33,8	36,1	31,6	–4,5
35 – 39	31,1	32,5	29,7	–2,8
40 – 44	30,9	31,0	30,7	–0,3
45 – 49	27,7	28,4	27,0	–1,4
50 – 54	21,3	21,9	20,7	–1,2
55 – 59	16,2	16,7	15,8	–0,9
60 – 64	9,0	8,7	9,2	0,5
STAATSBÜRGERSCHAFT				
Österreich	27,9	29,0	26,9	–2,1
ehemaliges Jugoslawien	12,2	12,1	12,2	0,1
Türkei	15,3	14,6	16,1	1,5
Andere	30,1	29,5	30,6	1,1
LEBENSUNTERHALT				
Erwerbstätig	**31,8**	**30,9**	**32,9**	**2,0**
Arbeitslos	24,8	18,6	31,8	13,2
Haushaltsführend	14,9	–	14,9	–
Karenz	17,7	–	17,8	–
Pension	9,1	8,0	10,1	2,1
Insgesamt	**27,2**	**28,1**	**26,3**	**–1,8**

Quelle: Statistik Austria, Mikrozensus Juni 2003 (N=4,454.100)

Fasst man formale und nicht-formale Erwachsenenbildung zusammen und schränkt den Altersbezug auf die 25- bis 64-jährige Wohnbevölkerung ein, so ergibt sich eine Bildungsbeteiligung von **27,2 Prozent** innerhalb der letzten 12 Monate vor der Erhebung im Juni 2003 (bei den Erwerbstätigen ergibt sich ein Wert von 31,8 Prozent) (Hammer et al, 2004, S. 326ff.). Auch hier zeigt sich der Effekt der Erwerbstätigkeit und des Bildungsstatus deutlich. Die Erwachsenenbildungsbeteiligung der Bürger mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft hängt, wie bei der Erstausbildung (siehe Tabelle A-2), stark vom Herkunftsland ab.

An der Spitze der Weiterbildungsinteressen der Wohnbevölkerung standen bei der Befragung von 2003 neben den beruflichen Fachgebieten vor allem Fremdsprachen und EDV sowie Persönlichkeitsbildung; bei den Frauen haben Sprachen und „Gesundheit, Ernährung" deutlich höheren Stellenwert, bei den Männern berufliches Fachgebiet, EDV und Technik (vgl. Hammer et al, 2004, S. 66).

Motive und Erwartungen bezüglich absolvierter und intendierter Weiterbildung wurden in der Eurobarometer-Umfrage zur Erwachsenenbildung 2003 gestellt. Die österreichischen Ergebnisse zeigen den hohen Stellenwert persönlicher und allgemeinbildender Motive neben den berufsbezogenen Nutzenerwartungen in der Erwachsenenbildung. So gaben 37 Prozent der BefragungsteilnehmerInnen „Persönliche Zufriedenheit" und 36 Prozent „Kann die Arbeit besser ausführen" als Hauptnutzen absolvierter Aus- und Weiterbildung an. Die Erhebungsergebnisse zeigen, dass in der Erwachsenenbildung mit erheblichen Überschneidungen zwischen allgemeinen, persönlichen und beruflichen Motivationen zu rechnen ist. Anreize für vermehrte Erwachsenenbildungsbeteiligung können hieraus und durch zielgruppenspezifische Lernprogramme, Lernzeiten und Lernmethoden gewonnen werden.

Tabelle 3-5: Hauptnutzen aus absolvierter Aus- und Weiterbildung in der Vergangenheit, 2003, in % (Über 15-Jährige BürgerInnen, n=1.000)

Nutzen (Mehrfachangaben möglich!)	Anteil in %
Persönliche Zufriedenheit	37,1
Kann die Arbeit besser ausführen	36,1
Allgemeinwissen	35,9
Habe neue Leute getroffen/kennen gelernt	29,0
Zeugnis/Qualifikationsnachweis	20,8

Quelle: Eurobarometer

Tabelle 3-6: Motive und Anreize für zukünftige Aus- und Weiterbildung, 2003, in % (Über 15-jährige BürgerInnen, n=1.000)

Hauptmotive (Mehrfachangaben möglich!)	Anteil in %
Die Arbeit besser machen	26,8
Ein Zeugnis, ein Diplom oder eine Qualifikation erwerben	13,9
Allgemeinwissen erhöhen	20,7
Mehr persönliche Zufriedenheit erreichen	21,7
Hauptanreize (Mehrfachangaben möglich!)	
Flexible Arbeitszeit	22,2
Individualisierte Lernprogramme: den Bedürfnissen der Teilnehmer angepasst	20,9
Zugang zu guter und „maßgeschneiderter" Information und Beratung	13,0
Auswahlmöglichkeit der Lernmethode	14,4
Erhalt eines Zeugnisses/eines Diploms	11,1

Quelle: Eurobarometer; eigene Berechnungen

Tabelle 3-7: Thematische Weiterbildungsinteressen, Juni 2003, in %

Interessensgebiet (1. Nennung)	Erwerbstätige				Wohnbevölkerung 15+
	Männer	Frauen	Geschlechtsspezifische Differenz	gesamt	
	955.900	764.700		1,720.600	2,557.400
Berufliches Fachgebiet	29,4	19,9	9,5	25,2	**19,3**
Fremdsprachen	10,8	18,0	–7,2	14,0	**15,9**
EDV	17,5	12,1	5,4	15,1	**14,7**
Gesundheit, Ernährung	4,3	19,3	–15,0	11,0	**13,7**
Persönlichkeitsbildung	7,3	11,0	–3,7	8,9	**8,0**
Sport	6,9	2,5	4,4	4,9	**5,0**
Sonstiges	3,5	3,2	0,3	3,4	**4,5**
Kunst, Musik	2,9	3,8	–0,9	3,3	**4,3**
Technik	7,0	0,2	6,8	3,9	**3,4**
Kommunikation, Konfliktbewältigung	2,2	2,3	–0,1	2,2	**1,9**
Management, Betriebsführung	3,1	1,2	1,9	2,3	**1,8**
Geschichte, Kultur	0,7	0,9	–0,2	0,8	**1,5**
Erziehung, Familie	0,2	1,5	–1,3	0,8	**1,3**
Ökologie, Umweltschutz	1,4	0,8	0,6	1,1	**1,3**
Mathematik, Naturwissenschaft	1,0	0,5	0,5	0,8	**1,0**
Justiz, Recht	0,9	0,9	0,0	0,9	**0,8**
Religion, Philosophie	0,3	0,7	–0,4	0,5	**0,7**
Gleichberechtigung, Frauenfragen	0,0	0,8	–0,8	0,4	**0,5**
Internationale Politik, Globalisierung	0,7	0,3	0,4	0,5	**0,5**
Gesamt	100,1	99,9	0,2	100,0	**100,0**

Quelle: Statistik Austria 2004; eigene Berechnungen

Betriebliche Weiterbildung

Die Ende 2007 veröffentlichten ersten Ergebnisse des CVTS-3 bieten aktuelle Daten zur betrieblichen Weiterbildung. Gegenüber 1999 ist eine geringfügige Erhöhung der Beteiligungsquote zu konstatieren: so lag der Anteil der an Kursen teilnehmenden Personen an allen Beschäftigten im Wirtschaftssektor (in Unternehmen ab 10 Beschäftigten) im Jahr 2005 bei 33,3 Prozent, das sind um 1,8 Prozentpunkte mehr als 1999 (Quelle: Statistik Austria, siehe Tabelle 3-8).

Bezogen auf Themenbereiche zeigt sich das relativ stärkste Wachstum im Hinblick auf persönlichkeitsbildende Themen (siehe Tabelle 3-9).

Tabelle 3-8: Ausgewählte Indikatoren zur betrieblichen Bildung im Vergleich 1999 – 2005; in %

Wirtschaftszweige, Beschäftigtengrößenklasse	Anteil der Unternehmen mit Weiterbildungskursen		Anteil der an Kursen teilnehmenden Personen		Anteil der Gesamtkosten der Weiterbildungskurse am Personalaufwand	
	1999	2005	1999	2005	1999	2005
Produzierender Bereich (Abschnitte C-F)	71,6	69,2	26,1	29,9	1,1	1,1
Dienstleistungen (Abschnitte G-K, O)	70,7	66,4	35,8	35,2	1,6	1,6
10-49 Beschäftigte	66,2	63,3	24,1	23,8	1,0	0,7
50-249 Beschäftigte	89,7	85,6	28,6	28,1	1,2	1,2
250 und mehr Beschäftigte	96,4	97,9	37,0	42,0	1,6	1,9
Insgesamt	71,1	67,3	31,5	33,3	1,3	1,4

Quelle: Statistik Austria, CVTS-2 und CVTS-3

Tabelle 3-9: Kursteilnahmestunden nach Themenbereichen (Unternehmen ab 10 Beschäftigten)

Weiterbildungsthemen	1999	2005	Differenz (Rangreihung)
Persönliche Fähigkeiten, Persönlichkeitsentwicklung und Arbeitswelt	7	14	7
Technik und Produktion	15	19	4
Umweltschutz, Gesundheit, Sicherheit	3	6	3
Persönliche Dienstleistungen	2	5	3
Verkauf und Marketing	14	14	0
Sprachen (Fremdsprachen und Muttersprache)	5	4	–1
Informatik und EDV-Anwendungen	16	11	–5
Rechnungswesen, Management, Sekretariat	21	14	–7
Andere Themenbereiche	16	12	–4
Gesamt (gerundet)	100	100	0

Quelle: Statistik Austria, CVTS-2 und CVTS-3

3.3 Monitoring & Evaluation und Feststellung von Lernergebnissen

Monitoring und Evaluation

Eines der Entwicklungsfelder das die ExpertInnen im Rahmen des Prüfbesuches zur Erwachsenenbildung in Österreich identifiziert haben, ist eine schwach entwickelte Evaluierungs- und Verbreitungskultur (OECD 2004, S. 39).

Eine gut entwickelte Tradition und Kultur der Evaluierung der Wirksamkeit von Maßnahmen und auch der TeilnehmerInnenzufriedenheit gibt es jedoch im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Einerseits liefert eine Arbeitsmarktdatenbank des Arbeitsmarktservice Österreich und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit eine Datenbasis (anonymisierter) personenbezogener und betriebsbezogener Informationen zum österreichischen Arbeitsmarktgeschehen (Einzeldatensatzbasis) wie zum Beispiel zu Erwerbs- und Arbeitslosigkeitsepisoden, Zeiten außerhalb des Erwerbssystems etc. Die Datengrundlage besteht aus Rohdaten des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger und des Arbeitsmarktservice Österreich. Diese Daten stehen für Evaluation und Forschungszwecke zur Verfügung. Weiters haben Bemühungen der Bundesgeschäftsstelle des AMS es nunmehr möglich gemacht, dass alle TeilnehmerInnen an Maßnahmen an einer bundesweit einheitlichen webbasierten KundInnenzufriedenheitsbefragung teilnehmen können. Bis dahin wurden in den einzelnen Landesorganisationen eigene Erhebungsverfahren durchgeführt. Diese Teilnahmezufriedenheitserhebung umfasst Aspekte des Kurserfolgs, Zufriedenheit mit den Leistungen des Schulungsträgers und fließen in die Neukonzeption und -vergabe von Trainingsleistungen mit ein.

Eine begleitende Evaluierung der Strukturfondsperiode 2000-2006 (ESF Ziel 3 Österreich) im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) wurde vom WIFO durchgeführt (Lutz et al. 2005). In dieser Programmplanungsperiode wurde ein Schwerpunkt auf die „Qualifizierungsförderung von Beschäftigten“ gelegt. Zentrale Ergebnisse:

- Beitrag zur Verbesserung der betrieblichen Weiterbildungssituation in Österreich und der Qualifizierungschancen benachteiligter Beschäftigungsgruppen; Ausgaben pro Förderfall waren geringer als geplant; Einbeziehung von Betrieben mit 10 bis 50 MitarbeiterInnen, von Frauen und zum Teil auch von ArbeitnehmerInnen ab 45 Jahren (v. a. bei Männern positiv) gelungen
- Positive Auswirkungen der Qualifizierungsförderung auf Entscheidungsbefugnisse, Einkommen und Position von Geförderten; Mitnahmeeffekt bei gering Qualifizierten geringer als bei anderen Geförderten; geschlechtsspezifisch differenzierte Maßnahmenwirkung

Mit den Evaluierungen zur „Förderung betrieblicher Weiterbildung – Zielgruppenorientierung von „Qualifizierungsförderung für Beschäftigte“ und „Qualifizierungsberatung für Betriebe“ des AMS wurde – anhand der umfassenden Ergebnisse der im Rahmen des ESF-Ziels 3 durchgeführten Umsetzungs- und Wirkungsanalyse – darüber hinaus Folgendes festgestellt (vgl. Mahringer 2008):

- Die Zielrichtung der Förderungen betrieblicher Weiterbildung auf ältere Beschäftigte und Geringqualifizierte sowie auf Kleinbetriebe erscheint den Problemstellungen auf dem Arbeitsmarkt adäquat.
- Auf Ebene der geförderten Beschäftigten sind positive Auswirkungen der Qualifizierungsförderungen festzustellen. Die Qualifizierungsmaßnahmen verbessern in der Einschätzung der Geförderten die Entwicklung von Entscheidungsbefugnissen, das Einkommen und die innerbetriebliche Position.
- Intensivere (teurere) Qualifizierungsmaßnahmen sind signifikant wirksamer als weniger intensive.

Die Evaluierungsergebnisse der übrigen Erwachsenenbildungsbereiche stammen entweder aus Ad-hoc-Evaluierungen von Maßnahmen, seltener Programmen, und aus den Qualitätsbemühungen der Bildungseinrichtungen selbst, die im Zuge der Umsetzung ihrer Qualitätsmanagementsysteme oder -verfahren mehr oder weniger systematische Kundenbefragungen durchführen. Insgesamt wird die Implementierung von bewährten und sektorenspezifischen Qualitätsmanagementsystemen durch das BMUKK als zielführend angesehen und deshalb unterstützt.

Ab 2007 werden alle über das BMUKK und den ESF geförderten Projekte (siehe dazu Schwerpunktprogramm Erwachsenenbildung des BMUKK) in einem detaillierten Monitoring erfasst, das auch personenbezogene Daten (etwa Alter, Geschlecht, Arbeitsmarktsstatus) der TeilnehmerInnen beinhaltet und auswertbar macht.

Feststellung von Lernergebnissen

Die österreichische Bildungs- und Wirtschaftskultur ist traditionell stark auf die berufliche Erstausbildung ausgerichtet, orientiert sich an beruflichen Profilen und basiert somit auf formal erworbenen Abschlüssen als Nachweis von Fähigkeiten und Kompetenzen. Hiermit hängt die große Aufmerksamkeit auf Arbeitslosenquoten nach formaler Bildung in der Öffentlichkeit zusammen. Die verhältnismäßig gut ausgebauten Angebote des Zweiten Bildungswegs (Nachholen von Abschlüssen des Erstausbildungssystems im Erwachsenenalter) stützen diese Sichtweise (vgl. Zürcher 2007, Junge 2005).

Das Thema der Kompetenzerfassung und -validierung stößt in der öffentlichen Diskussion aber zunehmend auf großes Interesse. Dies vor allem bei den Erwachsenenbildungsakteuren aber auch zunehmend im Hochschulsektor, als Folge der Umstellung auf die Bologna-Studienarchitektur, die zunehmend BewerberInnen für Masterprogramme mit Berufserfahrung erwarten lassen. Weniger Resonanz lässt sich gegenwärtig im Unternehmenssektor und im schulischen Bereich identifizieren.

Die Bildungspraxis hat durchaus mehrjährige Erfahrungen (seit 1998) vorzuweisen, erfolgt gegenwärtig jedoch vielfach in lokalen oder regionalen Initiativen und zumeist auf Projektbasis. Hier können einzelne Projekte im Rahmen des EU-Programms Leonardo da Vinci identifiziert werden oder mehrere Portfolio-Projekte insbesondere zu Kompetenzaspekten der ehrenamtlichen Tätigkeit, EQUAL-Entwicklungspartnerschaften, MigrantInneninitiativen, die Weiterbildungsakademie (s.u.) u.v.m. (eine umfassendere Darstellung siehe Zürcher 2007, 115f).

Hinsichtlich der Überprüfungen von Lernergebnissen dominiert – zumindest für den wichtigen Bereich des Nachholens von Bildungsabschlüssen – in Österreich vielfach der Weg von Externistenprüfungen an traditionellen Bildungseinrichtungen. Eine nationale Strategie zur Validierung von nicht-formal und informell erworbenen Kompetenzen liegt bis dato nicht vor. Im Jahr 2007 wurden eine ministerielle Arbeitsgruppe zum nicht-formalen Lernen und eine Arbeitsgruppe zum informellen Lernen im Unterrichtsressort eingerichtet.

Insgesamt erwartet man durch die Implementierung eines überwiegend lernergebnisorientierten nationalen Qualifikationsrahmens, der in den kommenden Jahren erfolgen wird, einen

entscheidenden Fortschritt. Sowohl die schulische, die hochschulische und die berufliche Bildung als auch die Erwachsenenbildung haben hier unterschiedlichen Entwicklungsbedarf (vgl. Lassnigg/Vogtenhuber 2007). Die aktuell in Testung befindlichen Bildungsstandards (für allgemeine und vollzeitschulische berufliche Bildung), die kompetenzorientierten Module (Bologna-Initiative der Hochschulen) sowie die schon lange existierende Handlungskompetenzorientierung der dualen Berufsausbildung bilden hier die Basis. Weiterentwicklungsbedarf bei Curricula, in der LehrerInnen- bzw. TrainerInnenbildung sowie bei Kompetenzfeststellungsverfahren ergibt sich aber weiterhin in allen Bereichen und in besonderem Maße in der Erwachsenenbildung.

Bereits erfolgt ist eine Kompetenzorientierung im Zuge der Umstellung der universitären Curricula auf die dreigliedrige Studienarchitektur, da die zukünftigen Curricula nicht mehr lehrenden- sondern lernenden- bzw. lernergebniszentriert ausgerichtet sind. Die gerade neu gestalteten Curricula basieren auf einer Modularisierung. Für jedes Studium (Bachelor, Master oder Doktorat) gibt es die entsprechenden Deskriptoren. Für den Hochschulbereich einigte man sich auf europäischer Ebene auf die Dublin Deskriptoren, die nunmehr bei der Curriculumserstellung herangezogen werden.

3.4 Status und Ausbildung des Personals der Erwachsenenbildung

Lehrende in der Erwachsenenbildung weisen in Österreich vor allem je nach Anbietersektor unterschiedliche Vorbildungswege auf. In der öffentlichen schulischen und hochschulischen Erwachsenenbildung gelten die allgemeinen Zugangsbedingungen für das Lehramt. In der gemeinnützigen und der kommerziellen Erwachsenenbildung werden auch Fachleute aus den Unternehmen oder Freiberufler als Lehrende gewonnen, wobei das fest angestellte Personal vorwiegend im administrativen und planenden Bereich tätig ist. Seit 2007 gibt es die Weiterbildungsakademie (wba) als Angebot zur Professionalisierung (siehe weiter unten).

Die allgemeinen statistischen Daten zum Personal in den Erwachsenenbildungsorganisationen variieren z.T. erheblich mit der statistischen Systematik, die zugrunde gelegt wird. So liegen die Pauschalwerte in der Volkszählung bei rund 21.800 Personen (VZ 2001, ÖNACE 80.4), die bei der Zählung von hauptberuflichem Personal auch administratives und technisches Personal inkludiert. Bei der Zahl der hauptberuflichen ErwachsenenbildnerInnen insgesamt handelt sich demzufolge um etwa 18.350 Personen in Österreich, die zu über 90% im Dienstleistungsbereich tätig sind (VZ 2001, ÖBS Berufsgruppe 836). Anders stellt sich das Bild dar, betrachtet man die Daten der Sozialversicherung, dort sind rd. 10.600 Personen erfasst (vgl. Schlögl & Gutknecht-Gmeiner, 2006, 2007).

Neben dem nicht letztgültig beschreibbaren Gesamtvolumen interessieren natürlich auch die Zahlen der Beschäftigten je Institution. Bei einer 2004 durchgeführten Erhebung bei Erwachsenenbildungseinrichtungen (siehe Gutknecht-Gmeiner & Schlögl, 2007) wurden auch Angaben zur Anzahl der MitarbeiterInnen abgefragt. Demzufolge haben 43 Prozent der Bildungseinrichtungen nicht mehr als 5 fest angestellte MitarbeiterInnen, 14 Prozent beschäftigen zwischen 6 und 10 MitarbeiterInnen, 18 Prozent zwischen 11 und 20 MitarbeiterInnen. Das bedeutet, dass es sich bei über der Hälfte der Einrichtungen um kleine Einrichtungen

mit maximal 10 MitarbeiterInnen handelt. Über 20 Beschäftige finden sich bei einem Viertel der Anbieter, lediglich 7 Prozent haben einen fixen MitarbeiterInnenstab von mehr als 100 Personen.

Z.T. detailliertere Daten liegen für die Verbände der „Konferenz der Erwachsenenbildung Österreichs" (KEBÖ) vor. Laut der KEBÖ-Statistik waren im Arbeitsjahr 2005 insgesamt 4.800 Angestellte in den in der KEBÖ vertretenen Aus- und Weiterbildungsinstitutionen hauptberuflich tätig, davon 1.500 im pädagogischen, 2.300 im administrativen Bereich. Weitere 52.000 Personen waren nebenberuflich in den KEBÖ-Institutionen tätig. Gemeinsam mit den ehrenamtlich Tätigen gelangt man auf eine Beschäftigtenzahl von nicht ganz 87.000 Personen. Dies bedeutet eine Nebenerwerbsquote (Verhältnis von nebenberuflich zu allen Beschäftigten) von rund 95%. Die Gesamtzahl der haupt- und nebenberuflich Beschäftigten bei den Bildungsanbietern (inkl. private Firmen mit Erwerbscharakter), die schätzungsweise auf über 1.700 zu veranschlagen sind, ist nicht bekannt, eine Anzahl von rd. 100.000 Beschäftigten erscheint realistisch.

Alle großen Erwachsenenbildungsanbieter, aber auch einzelne Universitäten und sonstige Einrichtungen haben didaktisch und methodisch orientierte Lehrgänge für TrainerInnen und Lehrbeauftragte im Programm.

Das Bundesinstitut für Erwachsenenbildung (bifeb) bietet Lehrgänge universitären Charakters im Bereich Bildungsmanagement, Bildungs- und Berufsberatung, Basisbildung und Alphabetisierung sowie Supervision und Coaching an. Haupt- und ehrenamtliche Bibliothekare und Bibliothekarinnen werden hier ausgebildet. Die Themen der Seminarreihen und Workshops reichen von Genderforschung, Sprachendidaktik, Europa-Kompetenz und interkulturelle Kompetenz bis zum Dialog Lebenslanges Lernen und weiteren Informations- und Diskussionsveranstaltungen zu aktuellen bildungspolitischen Fragen. Das Bundesinstitut für Erwachsenenbildung (bifeb) fungiert überdies als koordinierende Einrichtung und Plattform für Aktivitäten der Qualifizierung der ErwachsenenbildnerInnen. Die in diesem Zusammenhang relevante neu errichtete Weiterbildungsakademie (wba), die sich die Erhöhung der Professionalität des Personals in der Erwachsenenbildung zum Ziel gesetzt hat, wird in Abschnitt 4.2 näher beschrieben. Ab dem Wintersemester 2008 startet die Donau-Universität Krems in Kooperation mit der wba einen berufsbegleitenden Masterlehrgang für LLL.

Innerhalb des letzten Jahrzehnts kam es beim in der Erwachsenenbildung tätigen Personal zu einer „stillen Akademisierung" (Elke Gruber, Universität Klagenfurt). Dies ist vor allem ein Verdienst der Studiengänge und -angebote für Pädagogik mit Schwerpunkt Erwachsenenbildung (u.a. Graz, Klagenfurt, Wien, seit kurzem auch Innsbruck). Hier hat es in den letzten Jahren zahlreiche AbsolventInnen gegeben, die mittlerweile erfolgreich in mittleren und Führungspositionen in allen Bereichen der Erwachsenenbildung/Weiterbildung in Österreich tätig sind und einen erheblichen Professionalisierungsschub unterstützt haben.

Ausreichend vorhandene, generationenübergreifende, alter(n)sgerechte und qualitativ hochwertige Weiterbildungsangebote sind Grundvoraussetzungen für die Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit. Berufsbegleitende Lernangebote und alternative Lernformen sind Voraussetzungen für die Annahme von Weiterbildungsangeboten. Aufbauend auf spezifischen Lernbedürfnissen müssen alter(n)sgerechte (Weiter-)Bildungsangebote mit entsprechender

Didaktik und Methodik entwickelt und umgesetzt werden. Erst kürzlich abgeschlossene Pilotprojekte des AMS haben besonders gute Ergebnisse mit der Qualifizierung und dem Einsatz von älteren, erfahrenen ArbeitnehmerInnen als TrainerInnen in Maßnahmen zur Weiterbildung von älteren Arbeitslosen erbracht.

Die Beteiligung der österreichischen Erwachsenenbildung an GRUNDTVIG (Teil des EU-Bildungsprogrammes für lebenslanges Lernen) ist ein weiterer Faktor der Qualifizierung des Personals der Erwachsenenbildung. Von 2001 bis 2006 haben knapp 240 österreichische Lehrende der Erwachsenenbildung an GRUNDTVIG-Fortbildungskursen in anderen EU-Ländern teilgenommen. Zusätzlich wurden rund 350 GRUNDTVIG-Projekte durchgeführt. Im Jahr 2007/08 sind für den Erwachsenenbildungsbereich rund 480 Personen mit GRUNDTVIG mobil geworden.

4 Forschung, Innovation und „Good Practices“

4.1 Studien im Bereich der Erwachsenenbildung

Hintergrundberichte und Überblicksdarstellungen

Die seit Anfang 2000 in unregelmäßigen Abständen erscheinende Publikationsreihe **„Materialien zur Erwachsenenbildung“** wird von der Abteilung Erwachsenenbildung im BMUKK (früher BMBWK) herausgegeben und beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit unterschiedlichen Aspekten der Erwachsenenbildung in Österreich, wobei auch der internationale Kontext (EU, OECD) immer wieder thematisiert wird. Im vorliegenden Zusammenhang sind insbesondere folgende Ausgaben zu erwähnen: Zum einen die Publikation von 6/2001: **„Hintergrundbericht zum österreichischen Länderbericht. Memorandum über lebenslanges Lernen der Europäischen Kommission“**: Diese beschreibt den Ist-Stand der Situation des lebenslangen Lernens in Österreich im Zusammenhang mit den sechs Grundbotschaften des Memorandums und dokumentiert die dazu eingelangten Stellungnahmen und Diskussionsbeiträge. Der Bericht wurde vom Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft (Arthur Schneeberger) und dem Österreichischen Institut für Berufsbildungsforschung (Peter Schlögl) im Auftrag des damaligen Bildungsministeriums erstellt.
(*http://www.erwachsenenbildung.at/services/publikationen/materialien_zur_eb/6053_PDFzuPubID95.pdf*, 13.3.2008)

Des Weiteren ist auch die Ausgabe von 1/2004: **„OECD-Länderprüfung über Erwachsenenbildung. Hintergrundbericht Österreich“** zu nennen. Um detailliertere Erkenntnisse über die aktuellen Bedingungen, Akteure und Teilnahme an Erwachsenenbildung in Österreich zu gelangen, beauftragte das damalige Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur wiederum das Österreichische Institut für Berufsbildungsforschung (Peter Schlögl) und das Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft (Arthur Schneeberger) mit der Erstellung eines Hintergrundberichtes, der als Voraussetzung der OECD-Prüfung der Erwachsenen- und Weiterbildung in Österreich diente.
(*http://www.erwachsenenbildung.at/services/publikationen/materialien_zur_eb/11432_PDFzuPubID15.pdf*, 13.3.2008)

Das Wissenschaftszentrum Wien hat das am Institut für Höhere Studien beheimatete Forschungszentrum equi: Employment-Qualification-Innovation mit der Durchführung einer Studie zum Lebenslangen Lernen beauftragt, deren Ergebnisse im Juli 2002 in einem Endbericht publiziert wurden: **„Grundlagen für die Entwicklung eines Systems des Lebenslangen Lernens in Wien. Analysen, Prognosen und strategische Ansätze“** der Autoren Mario Steiner, Peter M. Steiner, Lorenz Lassnigg und Peter Prenner. Der erste Teil der Studie beschäftigt sich einerseits mit der Darstellung und Prognose der Beschäftigungsentwicklung und der Ausbildungsentwicklung in Wien bis 2005, andererseits mit der Gegenüberstellung der beschäftigungs- und bildungsseitigen Entwicklungen. Der zweite Teil zielt auf die Skizzierung von Zielsetzungen, Strategien, Strukturen und Akteursgefüge eines Lifelong Learning Systems in Wien.
(*http://www.wzw.at/file_upload/hauswirth_tmpphp1hKK0I.pdf*, 14.3.2008)

Im Juni 2005 erschien das von Jörg Markowitsch und Peter Strobl herausgegebene Handbuch **„Betriebliche Weiterbildung in Österreich. Konzepte, Anbieter, Trends“**. Es richtet sich an Unternehmen, Führungskräfte, Personalverantwortliche, BildungsmanagerInnen, OrganisationsberaterInnen sowie TrainerInnen. Das Handbuch bietet Informationen über Trends, Konzepte und Anbieter und behandelt verschiedene allgemeine und praktische Fragen betrieblicher Weiterbildung.
(*http://www.3s.co.at/betrieblicheweiterbildung.html*, 13.3.2008)

Die von Arthur Schneeberger verfassten Materialien zur Erwachsenenbildung Nr. 2/2005 **„Beteiligungsstruktur und Ressourcen der Erwachsenenbildung. Empirische Grundlagen zu einer Strategie des lebensbegleitenden Lernens“** geben einen empirisch fundierten Überblick über den Status-Quo in der österreichischen Erwachsenenbildungslandschaft. Der Bericht nutzt vorhandene Erhebungen (Ad-Hoc-Modul 2003, Eurobarometer 2003, CVTS-2, Befragung des SORA-Institutes 2005), um ein umfassendes Bild der Beteiligung an Erwachsenenbildung, der Anbieterstruktur, der Ressourcen und der Hinderungsgründe für die Teilnahme aufzuzeigen.
(*http://www.erwachsenenbildung.at/services/publikationen/materialien_zur_eb/2_05_Online-Version-GESAMT.pdf*, 14.3.2008)

Das vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung im Rahmen der Reihe „Länderporträts Weiterbildung“ publizierte **„Porträt Weiterbildung Österreich“** von Werner Lenz (2. aktualisierte Auflage 2005) gibt einen systematischen Überblick über die Situation in Österreich, stellt Institutionen vor und beschäftigt sich in einem eigenen Abschnitt mit der Rolle der Wissenschaft und Lehre in der Weiterbildung. Der Autor beleuchtet die Konsequenzen des Wandels in Schule und Universität für die Weiterbildung, behandelt Problemfelder und formuliert Ziele und Zukunftsperspektiven. Der Text beinhaltet auch eine ausführliche Literaturliste und ein Glossar.
(*http://www.die-bonn.de/portrait/presse/presseartikel.asp?ID=133*, 13.3.2008)

Die Fragestellung der Weiterbildungsabstinenz, nicht zuletzt in Zusammenhang mit der Forderung nach lebenslangem Lernen, wurde 2004 in **„Widerstand gegen Weiterbildung“** von Daniela Holzer, die an der Abteilung Weiterbildung des Instituts für Erziehungswissenschaft der Universität Graz lehrt und forscht, in die österreichische Weiterbildungsdiskussion eingebracht.

Die im Oktober 2007 publizierte Nr. 102 der von der Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien herausgegebenen „Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft“ beschäftigen sich mit dem Themenbereich Lebenslanges Lernen aus gesamtösterreichischer Perspektive: Es handelt sich hierbei um den Text **„Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen. Vergleichende Analysen und Strategievorschläge für Österreich“**. Die Koordination des Berichts oblag Gudrun Biffl vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung und Lorenz Lassnigg vom Institut für Höhere Studien. Ein Kapitel dieses Berichts, welches von Lorenz Lassnigg, Stefan Vogtenhuber und Peter M. Steiner verfasst worden ist, thematisiert Finanzierungs- und Förderungsaspekte von lebensbegleitendem Lernen in Österreich.
(*http://wien.arbeiterkammer.at/pictures/d60/MaterialienWuG1021.pdf*, 14.3.2008)

Seit 2001 gibt es eine Intensivierung der Wissenschaftlichen Diskussion um **Qualitäts- und Transparenzinitiativen in der Erwachsenenbildung**. Über Fördermittel des BMUKK und des Europäischen Sozialfonds sowie in einzelnen Auftragsprojekten wurden Bestandsaufnahmen zum Stand der Umsetzung von Qualitätsmanagementsystemen und -initiativen in österreichischen Erwachsenenbildungseinrichtungen und Entwicklungsarbeiten für Bildungsinteressierte sowie die Bildungspolitik erstellt. So wurden etwa zur Stärkung der Nachfragenden eine webbasierte Datenbank mit Qualitätskriterien entwickelt (siehe: *http://www.checklist-weiterbildung.at*) und facheinschlägige Publikationen erarbeitet (u.a. von Elke Gruber, Peter Schlögl et al.). Siehe dazu zum Beispiel: **„Qualitätsentwicklung und -sicherung in der Erwachsenenbildung in Österreich“**, Materialien zur Erwachsenenbildung Nr. 1/2007. *http://www.erwachsenenbildung.at/services/publikationen/materialien_zur_eb/nr1_2007_insiqueb.pdf* (1.4.2008)

Vereinzelt wurden auch **Bildungstestierungen für Angebote der Erwachsenenbildung** durchgeführt. Dies erfolgte i.d.R. im Auftrag der Kammern für Arbeiter und Angestellte, die auch Agenden des Konsumentenschutzes wahrnehmen. Beispielhaft dazu:
http://noe.arbeiterkammer.at/www-588-IP-27657.html (1.4.2008) oder
http://wien.arbeiterkammer.at/www-397-IP-39661.html (1.4.2008)

Dem Themenkomplex des informellen Lernens ist ein Band der Materialien zur Erwachsenenbildung gewidmet (Nr. 2/2007): **„Informelles Lernen und der Erwerb von Kompetenzen. Theoretische, didaktische und politische Aspekte“**. Der Autor Reinhard Zürcher vermittelt in diesem Text einen Überblick über die aus Sicht der Erwachsenenbildung zunehmende Bedeutung dieses Lernfeldes. An die jeweils kurzen Darstellungen sind rund 330 weiterführende, überwiegend im Internet zugängliche Dokumente angehängt, was die Studie zu einer Art Ressourcensammlung und „Fundgrube“ macht.
(*http://www.erwachsenenbildung.at/services/publikationen/materialien_zur_eb/nr2_2007_informelles_lernen.pdf*, 14.3.2008)

Weiterbildung Älterer

Im Auftrag des „Bundesministeriums für soziale Sicherheit und Generationen“ wurde eine Studie über **„Bildung im Alter. Die Praxis der Altenbildung in Österreich. Möglichkeiten und Grenzen intergenerationellen Lernens – Anbieter und Angebote“** durchgeführt. Aufgabe dieser empirischen Untersuchung war die Erhebung der AnbieterInnen und der Bildungsangebote in Österreich im Bereich der Bildung für ältere Menschen, die Erhebung der Zusammensetzung der TeilnehmerInnen, die Untersuchung der Auswahl der Unterrichtsmethoden sowie die Beschreibung von erfolgreichen Projekten. Im Rahmen dieser Untersuchung wurden grundlegende Daten erhoben, die für weitergehende Aktivitäten im Bereich der Bildung für ältere Menschen erforderlich sind. Ziel war es auch, bereits bestehende erfolgreiche Modelle und bewährte Konzepte für Bildung im Alter bekannt zu machen sowie die Vernetzung der AnbieterInnen zu unterstützen und weiter zu entwickeln, aber auch, jene Bereiche aufzuzeigen, in denen die Entwicklung neuer, zukunftsweisender Konzepte erforderlich ist. Die Ergebnisse der Studie sind 2005 vom Autor Franz Kolland im Band **„Bildungschancen für ältere Menschen. Ansprüche an ein gelungenes Leben“** publiziert worden.
(*http://www.bmsk.gv.at/cms/site/detail.htm?channel=CH0109&doc=CMS1110804317920*, 14.3.2008)

Die Materialien zur Erwachsenenbildung Nr. 1/2005 **„Altern. Bildung. Lernen“** entstanden in Folge einer Entwicklungswerkstatt am Bundesinstitut für Erwachsenenbildung, die Bildungsangebote für ältere Menschen zum Thema hatte, und beinhaltet Stellungnahmen und Diskussionsbeiträge zahlreicher mit der Thematik befasster ExpertenInnen.
(*http://www.erwachsenenbildung.at/services/publikationen/materialien_zur_eb/11433_PDFzuPubID16.pdf*, 14.3.2008)

EQUAL-Entwicklungspartnerschaft generationen-potenziale-stärken: Der 2007 erschienene Sammelband **„Arbeitsleben 45plus. Erfahrung, Wissen & Weiterbildung. Theorie trifft Praxis“** (Herausgegeben von Elke Gruber, Monika Kastner, Anita Brünner, Susanne Huss und Karin Kölbl) fasst Forschungsergebnisse zusammen. Beleuchtet werden theoretische Aspekte und praktische Erfahrungen von Lern- und Bildungsprozessen älterer und lebenserfahrener Menschen. Außerdem werden mögliche Lösungswege für ein aktives (Arbeits-) Leben aufgezeigt.
(*http://www.uni-klu.ac.at/uniklu/fodok/aktivitaeten.do?FodokTabLayout=0*, 17.3.2008)

Österreichische Universitäten

An den Instituten im Bereich der Erziehungswissenschaften und Bildungsforschung der Universitäten Wien, Graz, Klagenfurt, Salzburg und Innsbruck gibt es Abteilungen für bzw. Forschungsschwerpunkte im Bereich Erwachsenenbildung, Berufspädagogik und Berufsbildung, Weiterbildung, Bildung im Lebensverlauf bzw. Lebenslanges Lernen. Diese betreiben sowohl Grundlagenforschung als auch angewandte Forschung. An der Universität Graz wird darüber hinaus ein Masterstudium „Weiterbildung“ angeboten, das sich aufbauend auf dem Bakkalaureat Pädagogik, auf die Thematik Weiterbildung und Lebenslanges Lernen konzentriert.

Die Forschungsschwerpunkte liegen auf der Analyse und Gestaltung von Lehr- und Lernprozessen im Lebenslauf und erwachsenengerechter Lernwelten und Lernkulturen (institutionelle Rahmenbedingungen, Qualifizierung Lehrende, didaktisch-methodische Aspekte etc.), formellen, informellen und nicht-formalen Formen von Wissenserwerb, Wissensorganisation und Wissensvermittlung, Bildungsberatung etc.

Es wurden/werden Forschungsprojekte zur Geschichte der Erwachsenbildung, Wissenschaftliche Begleitung und Evaluation von Projekten im Bereich der Erwachsenenbildung und Projekte zur Weiterentwicklung und Qualitätssicherung von Erwachsenenbildungs-Angeboten durchgeführt.

An der 1994 gegründeten Donau-Universität Krems besteht ein Department mit dem Forschungsschwerpunkt „Weiterbildungsforschung und Bildungsmanagement“ mit Studienangeboten in den Fachbereichen „Betriebliche Weiterbildung und Kompetenzentwicklung“, „Erwachsenenbildung und pädagogische Professionalität“, „Innovation und Strategisches Management“, „Interkulturelle Studien“ und „Wissenschaftliche Weiterbildung und Bildungsmanagement“. Facheinschlägige Forschungsschwerpunkte umfassen die Themenbereiche „Lifelong Learning“, „Hochschul- und Bildungsmanagement“, „Pädagogische Professionalität“, „Interkulturelle Kompetenzen“, „Evaluation und Begleitforschung“, „Lernende Region“ sowie „Genderkompetenz“.
(*http://www.donau-uni.ac.at/de/department/wbbm/forschung/index.php*, 17.3.2008)

Historische Erwachsenenbildungsforschung

Ein recht schmales Segment der Forschung widmet sich historischen Aspekten der Institutionalisierung und auch der wissenschaftshistorischen Dimension der Erwachsenenbildung. Beispielhaft sei hier auf ein auf Basis von großer Literaturfülle und zahlreichen bisher nicht oder ungenügend erschlossenen Quellen erarbeitetes Werk von Wilhelm Filla (Universität Klagenfurt) hingewiesen: **„Wissenschaft für alle – ein Widerspruch? Bevölkerungsnaher Wissenstransfer in der Wiener Moderne. Ein historisches Volkshochschulmodell“** das 2001 im Studienverlag erschienen ist und die Entstehungs-, Etablierungsphasen der Fachgruppen im Volksbildungsvereinen und -heimen als einer der Wurzeln der Volkshochschulentwicklung in Österreich zugänglich macht.

Als Instrument der Sicherung der Dokumente und Materialien der Erwachsenenbildung – insbesondere der nun schon lange zurückreichenden Volkshochschultradition – wurde im Rahmen des Archivs der Österreichischen Volkshochschulen ein spezielles Portal entwickelt, die **Knowledgebase Erwachsenenbildung**. Das Informationsangebot der Knowledgebase bietet eine mehrsprachige und international ausgerichtete virtuelle Bildungsumgebung für alle in der Erwachsenenbildung Tätigen sowie für Forschende und Lernende und ermöglicht schnelle, präzise und umfassende Auskünfte zu einzelnen Aspekten der Erwachsenenbildung in Österreich. Datenbanken geben Auskunft über Fachliteratur (Bücher, Beiträge in Sammelbänden, Zeitschriften und Fachjournalen, akademische Forschungs- und Abschlussarbeiten). Auf diese Weise kann selbstständige und unselbstständige Literatur zu Themen wie Geschichte der Erwachsenenbildung, Wissenschaftspopularisierung, Methodik, Andragogik, Bildungs- und Wissenschaftsforschung direkt abgefragt werden.
(Siehe *http://www.adulteducation.at/*, 7.4.2008)

Außeruniversitäre Forschung

Im außeruniversitären Bereich wird zur Erwachsenenbildung insbesondere vom öibf, ÖIEB, ibw, 3s sowie der Forschungsgruppe EQUI am IHS und – bezogen auf berufliche Weiterbildung – dem WIFO geforscht.

4.2 Innovationen und Beispiele von „good practice“

Strategieentwicklungen

In Zusammenhang mit intensivierten Diskussionen zum Lifelong Learning wurde zunehmend auch der Information, Beratung und Orientierung von Erwachsenen große Aufmerksamkeit gewidmet. In Folge von Initiativen der OECD, EU und der Weltbank wurde in Österreich in den Jahren 2005 und 2006 von einer interministeriellen Arbeitsgruppe unter Einbeziehung des AMS, der Sozialpartner und anderer für diese Thematik wichtigen Partner eine **nationale Strategie für „Lifelong Guidance**“ erarbeitet. Eines der generellen Politikziele dabei ist die Erleichterung des Zugangs zur Erwachsenenbildung durch Bildungsinformation und -beratung. Zur Verbesserung der Beratungssituation im Bereich der Erwachsenenbildung soll auf Basis bestehender Angebote der Wirtschaftskammer, der Kammer für Arbeiter und Angestellte, der Institutionen der Erwachsenenbildung und des AMS ein leistungsfähiges, flächendeckendes und anbieterunabhängiges Bildungsberatungssystem

in Österreich etabliert werden. Dies soll durch die Förderung von folgenden Maßnahmen und Entwicklungen unterstützt werden: Aufbau eines leistungsfähigen, flächendeckenden und anbieterunabhängigen Bildungsberatungssystems in Österreich, (Weiter-)Entwicklung von Instrumenten und Strukturen zur Steigerung von Transparenz, Effizienz und Qualität in der Bildungsberatung durch den Einsatz von Qualitätssicherungs- und Wissensmanagementsystemen, mithilfe von Weiterbildungs- und Vernetzungsmaßnahmen für BildungsberaterInnen sowie durch österreichweite Kooperation der überinstitutionellen Bildungsberatung in der Erwachsenenbildung.
(*http://www.schulpsychologie.at/guidance/*, 28.3.2008).

Die Strategie „Lifelong Guidance“ wird unter offensiver Nutzung internationalen Erfahrungsaustausches im Netzwerk „European Lifelong Guidance Policy Network“ (29 Länder) entwickelt und umgesetzt. Im europäischen Netzwerk, an dessen Aufbau Österreich aktiv mitgewirkt hat, koordiniert Österreich das Arbeitspaket 3: „Strengthening representative structures at national level“ und ist in der Steuerungsgruppe vertreten. Auch Grundlagen zum besseren Monitoring für Guidance werden in der Forschung erarbeitet (z.B. Peter Härtel: **Study on Indicators and Benchmarks in Career Guidance Austria**, Graz, 2005).

Seit der Stellungnahme Österreichs zum Memorandum zum Lebenslangen Lernen (LLL) der Europäischen Kommission gab es immer wieder Arbeitsgruppen und konzeptionelle Ansätze zur Entwicklung einer nationalen Strategie für LLL, dies zunächst in Form thematisch orientierter Koordinationsworkshops, deren Ergebnisse dokumentiert und verbreitet wurden. Intensiviert hat sich die Diskussion 2005 mit der Einrichtung einer ExpertInnenkommission durch das damalige Bildungsministerium, die Leitlinien für eine künftige Strategie entwickelten (LLL-ExpertInnengruppe 2005). Dieses Dokument wurde einer breiten Konsultation unterzogen und 2007 in einer konsolidierten Fassung veröffentlicht (LLL-ExpertInnengruppe 2007). 2007 bis 2008 wurde seitens eines Redaktionsteams unter der Leitung des BMUKK und Einbeziehung von ExpertInnen ein **Strategiepapier** erarbeitet.

Zu erwähnen ist weiters ein Positionspapier **„Chance Bildung. Konzepte der österreichischen Sozialpartner zum lebensbegleitenden Lernen als Beitrag zur Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung“** der österreichischen Sozialpartner zur Aus- und Weiterbildung, das im Oktober 2007 vorgestellt wurde. Unter anderem wird darin auch das Gebührenfreistellen des Nachholens von Bildungsabschlüssen der gesamten Sekundarstufe im Erwachsenenalter gefordert.

Wesentliche Impulse für die Erwachsenenbildung werden durch die nunmehr eingeleitete Entwicklung eines **nationalen Qualifikationsrahmens** (NQR) erwartet. Im Anschluss an die Beschlussfassung des Europäischen Parlamentes und Rates zur Umsetzung eines Europäischen Qualifikationsrahmens haben Unterrichts- und Wissenschaftsministerium die Erarbeitung eines nationalen Rahmens beschlossen und die entsprechenden Arbeiten eingeleitet. Zentrale Vorgabe dabei ist die systematische Integration auch von nicht-formal und informell erworbenen Qualifikationen in den künftigen Rahmen. Weiters werden im aktuellen nationalen Konsultationsprozess (bis Juni 2008) Grundfragen zur Berücksichtigung von Teilqualifikationen und Kompetenznachweisen erörtert. Eine generell intendierte verbesserte Durchlässigkeit zwischen den Bildungssektoren lässt auch für die Erwachsenenbildung wichtige Potenziale erkennen. Siehe:
http://www.bmukk.gv.at/europa/bildung/nationaler_qualifikationsrah.xml

Innovative Kooperationen und neue Einrichtungen

Die 21 öffentlichen Universitäten übernehmen Verantwortung im öffentlichen Raum und in der Gesellschaft. Einige streben enge Kooperationen mit öffentlichen und halböffentlichen Weiterbildungsanbietern und/oder Unternehmen an, und versuchen mit ihrem Angebot auf aktuelle Bedürfnisse zu reagieren. So beispielsweise

- an der Universität Innsbruck (*http://www.uibk.ac.at/studium/weiterbildung/*),
- der Universität Graz *(http://www.kfunigraz.ac.at/# oder http://www.uniforlife.at/*),
- der Universität Klagenfurt (*http://www.uni-klu.ac.at/iff/; http://www.uni-klu.ac.at/main/inhalt/565.html*
- oder Seniorenstudium – *http://www.uni-klu.ac.at/main/inhalt/uninews_3917.htm*), der Universität Wien (*http://weiterbildung.univie.ac.at*) uvm.

Mit 1. Jänner 2004 wurde die „Fakultät für Interdisziplinäre Forschung und Fortbildung (Klagenfurt – Graz – Wien) – IFF“ der Universität Klagenfurt gegründet. Sie ist die Nachfolgeeinrichtung des „Interuniversitären Instituts für Interdisziplinäre Forschung und Fortbildung“ der Universitäten Klagenfurt, Wien, Graz und Innsbruck (IFF). Die interuniversitäre Kooperation wird im Rahmen von Verträgen der Universität Klagenfurt mit anderen Universitäten weitergeführt. Die Fakultät dient der Entwicklung, Erprobung und Evaluation neuartiger Formen von Wissenschaft in Forschung, Lehre und Organisation. Ziel ist die Bearbeitung ausgewählter aktueller gesellschaftlicher Problemfelder durch Gestaltung geeigneter Forschungs- und Lernprozesse.

Eigene Studienprogramme der neuen Fakultät sind interdisziplinäre Doktorats- und Magisterstudien, welche das bestehende Angebot der österreichischen Universitäten ergänzen und den Forschungsfeldern der Fakultät entsprechen. Ein Großteil der Lehrtätigkeit der Interdisziplinären Fakultät gilt der Weiterbildung. Die Fakultät bietet eine Reihe von Universitätslehrgängen mit verschiedenen Abschlussmöglichkeiten an. Meist stellen die Weiterbildungsaktivitäten Beziehungen zu den Praxisfeldern der TeilnehmerInnen her und sind mit Forschung und Innovation gekoppelt.

Die 1994 gegründete Universität für Weiterbildung Krems ist ein europaweit führender Anbieter berufsbegleitender universitärer Weiterbildung. Die Donau-Universität Krems betreibt anwendungsorientierte Forschung und kooperiert mit Partnern aus der Wirtschaft und der Wissenschaft sowie öffentlichen Einrichtungen im In- und Ausland. Das Studienangebot umfasst mehr als 150 Studiengänge aus den Bereichen Wirtschaft und Management, Kommunikation, IT und Medien, Medizin und Gesundheit, Recht, Verwaltung und Internationale Beziehungen, Kultur- und Bildungswissenschaften sowie Bauen und Umwelt. In ihren Studien verbindet die Donau- Universität Krems Wissenschaftlichkeit mit Praxisorientierung und arbeitet mit innovativen Lehrmethoden. Aktuell studieren mehr als 4.000 Studierende aus über 50 Ländern in Krems. Knapp 6.000 LehrgangsteilnehmerInnen haben bereits einen Abschluss an der Donau-Universität Krems erworben.
(*http://www.donau-uni.ac.at/de/universitaet/index.php?URL=/de/universitaet/ueberuns*, 15.3.2008)

Das Projekt **„University meets Public“** (UMP) ist eine seit 1998 bestehende Kooperation zwischen den Wiener Volkshochschulen und den wissenschaftlichen Universitäten in Wien, in deren Rahmen WissenschafterInnen der Universität Wien, der Universität für Bodenkultur, der medizinischen Universität sowie der Technischen Universität Vorträge und Kurse an Volkshochschulen halten. Als besonderer Service wird für StammhörerInnen eine kostenfreie und übertragbare UMP-Card angeboten, die es ermöglicht, jeden 5. Vortrag gratis zu besuchen. (*http://meidling.vhs.at/ump.html*, 12.3.2008)

Im Jahr 2000 nahm ein österreichisches Netzwerk für universitäre Weiterbildung und universitäre Personalentwicklung **(AUCEN – Austrian Universities Continuing Education Network)** an den österreichischen Universitäten die Arbeit auf. AUCEN versteht sich als Plattform für den Erfahrungsaustausch der ExpertInnen für universitäre Weiterbildung und Personalentwicklung an den österreichischen Universitäten. Vorhandene Kompetenzen und Erfahrungen sollen gebündelt werden. Eine gemeinsame, arbeitsteilige Weiterentwicklung und Professionalisierung der beiden Fachbereiche wird dadurch unterstützt sowie der Dialog zu anderen nationalen und internationalen Gremien, Einrichtungen und Netzwerken gefördert. Durch eine verstärkte Kooperation zwischen AUCEN und der Österreichischen Universitätenkonferenz soll die universitäre Weiterbildung im Kontext von LLL arbeitsteilig intensiv weiterbearbeitet werden.
(*http://www.aucen.ac.at/*, 7.4.2008)

Seit 1. Februar 2007 existiert mit der Etablierung der **Weiterbildungsakademie** Österreich (wba) eine Institution, die einen maßgeblichen Beitrag zur Professionalisierung und Qualitätssicherung von ErwachsenenbildnerInnen leisten soll. Die wba bietet in der Erwachsenenbildung tätigen Personen erstmals die Möglichkeit, einen breit anerkannten beruflichen bzw. praxisbezogenen Abschluss mit Zertifikat und Diplom (2 Levels) zu erlangen. Bereits erworbene Kompetenzen werden in einem speziellen Verfahren anerkannt, fehlende Kompetenzen über Angebote in Bildungsinstitutionen erworben. Im Anschluss an die wba stehen weiterführende Ausbildungswege an Universitäten offen, in denen Kompetenzen der wba-Abschlüsse Anerkennung finden und damit das Studium verkürzen. Die wba ist Teil des kooperativen Systems der österreichischen Erwachsenenbildung am Bundesinstitut für Erwachsenenbildung, dem die zehn KEBÖ-Einrichtungen angehören. Das bifeb koordiniert als Rechtsträger die Zusammenarbeit. Nähere Informationen finden sich unter:
http://www.wba.or.at.

Im September 2007 wurde in Linz der sogenannte **„Wissensturm“** eröffnet, in dem die Volkshochschule Linz, die Stadtbibliothek und eine Medienwerkstatt untergebracht sind. Des Weiteren stehen in einem Lernzentrum Computerarbeitsplätze mit Internet-Zugang, Hörstationen sowie DVD- und Fernsehplätze zur Verfügung. In einem eigenen Service-Center können außerdem Behördengänge erledigt werden. Mit Baukosten von 32 Millionen Euro stellte dieses Bauwerk eine Bildungsgroßinvestition der Stadt Linz dar.
(http://www.linz.at/images/Wissensturm_broschuere.pdf, 13.3.2008)

Vernetzung von Forschung und Praxis

2001 nahm das Forschungsnetzwerk des AMS Österreich seine Aktivitäten auf. Ziele waren Qualifikationsforscherinnen und -forscher themenspezifisch zu vernetzen, einerseits im

Rahmen von Veranstaltungen, andererseits durch den Aufbau einer web-basierten Forschungsdokumentation, die einschlägige Forschungsergebnisse allgemein zugänglich macht. Das AMS Österreich, speziell die Abt. Arbeitsmarktforschung und Berufsinformation, stellt mit dem **AMS-Forschungsnetzwerk** eine umfassende Info- und Serviceplattform zur Verfügung, um Ergebnisse und Aktivitäten in der Arbeitsmarkt-, Berufs-, Bildungs- und Qualifikationsforschung darzustellen und verstärkt nutzbar zu machen. Die entwickelten und nunmehr gebündelten Instrumente für Forschung (z.B. Volltext-E-Library), Expertise (z.B. AMS-Qualifikations-Barometer) und Wissenstransfer in die Praxis (z.B. Methoden- und Infohandbücher) sind einsehbar über:
http://www.ams-forschungsnetzwerk.at/deutsch/willkommen.asp?sid=175626421.

Das **Österreichische Forschungs- und Entwicklungsnetzwerk für Erwachsenenbildung und Weiterbildung** geht auf eine Initiative des Österreichischen Instituts für Berufsbildungsforschung (öibf) gemeinsam mit der Donau-Universität Krems/Plattform Weiterbildungsforschung und dem Österreichischen Institut für Erwachsenenbildung (öieb) zurück. Es soll als Plattform der beteiligten Akteurinnen und Akteure der Vernetzung, der Etablierung einer kohärenten Strategie und Stärkung der Forschung und Entwicklung dienen. Zu diesem Zweck wurde auch eine Homepage eingerichtet.
(http://www.adult-education.at/de/forschungsnetzwerk/, 12.3.2008)

Seit Februar 2007 wird im Internet unter *http://www.erwachsenenbildung.at/magazin/* das **Magazin erwachsenenbildung.at**. Das Fachmedium für Praxis, Forschung und Diskurs“ publiziert. Es handelt sich hierbei um ein institutionsübergreifendes Fachmedium für Erwachsenenbildung, das dreimal jährlich online veröffentlicht wird. Eine Fachredaktion, die sich aus VertreterInnen der Erwachsenenbildung und aus BildungsforscherInnen zusammensetzt, übernimmt die inhaltliche Planung der Ausgaben.
(*http://www.erwachsenenbildung.at/magazin/?aid=606&mid=571*, 12.3.2008)

In der Ausgabe 1/2007 wurde „Basisbildung“, in der Nr. 2/2007 „Lebenslanges Lernen in Österreich“ thematisiert; Nr. 3/2007 befasste sich mit Genderaspekten der Erwachsenenbildung, Nr. 4 ist Fragen der „Qualifikation und der Professionalität des Personals in der Erwachsenenbildung“ gewidmet. Das Magazin wird aus Mitteln des ESF und des BMUKK gefördert, Projektträger ist das Bundesinstitut für Erwachsenenbildung.
(*http://www.erwachsenenbildung.at/services/impressum.php*, 12.3.2008)

Neue Angebote für Erwachsene

Die **Berufsreifeprüfung** (BRP) ist seit 1997 in Kraft und ermöglicht AbsolventenInnen einer Lehrlingsausbildung oder einer mittleren Schule, einer Krankenpflegeschule bzw. einer Schule für Gesundheitswesen und Krankenpflege oder einer mindestens 30 Monate umfassenden Schule für den medizinisch-technischen Fachdienst, einer Meisterprüfung sowie einer Befähigungsprüfung, die mit der Reifeprüfung an einer Höheren Schule verbundenen Berechtigungen und dabei auch eine Studienberechtigung für Universitäten und Fachhochschulen zu erwerben. Eine der insgesamt vier Teilprüfungen der BRP umfasst eine schriftliche Fachbereichsarbeit zu einem Thema aus dem Berufsfeld des Prüfungskandidaten (einschließlich des fachlichen Umfeldes) und eine diesbezügliche mündliche Prüfung mit dem Ziel einer Auseinandersetzung auf höherem Niveau (Bundesgesetz über die Berufsreifeprüfung-BGBl. I

Nr. 68/1997, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 91/2005, §1 (1), §3 (1)). Die weiteren Teilprüfungen betreffen Deutsch, Englisch und Mathematik. Erste Teilprüfungen sind ab dem 17. Lebensjahr möglich, ein Abschluss ist frühestens ab dem vollendeten 19. Lebensjahr möglich (Bundesgesetz über die Berufsreifeprüfung, §4 (3)). Bislang haben rund 15.000 Personen die BRP erfolgreich absolviert, es gibt derzeit etwa 2.500 bis 2.600 AbsolventInnen pro Jahr (Schätzung des ibw).
(*http://www.erwachsenenbildung.at/services/publikationen/materialien_zur_eb/nr3_2006_brp.pdf*, 17.3.2008)

Das Projekt **Learn forever – Lebensbegleitendes Lernen im Zeitalter der InformationsgeseIIschaft – neue Wege mit Frauen** hat die Förderung der Teilnahme am Lebensbegleitenden Lernen und den Abbau von Barrieren für sogenannte bildungsferne Frauen zum Schwerpunkt. Im Rahmen einer EQUAL Entwicklungspartnerschaft (2005 – 2007) wurden neue Angebote für benachteiligte und bildungsferne Frauen entwickelt und umgesetzt, die den (Wieder-) Einstieg ins Lernen ermöglichen, den Aufbau von IKT-Kompetenz fördern und selbstgesteuerte Lernprozesse initiieren.

Ein 2006/2007 entwickelter Lehrgang – Neue Bildungswege mit Frauen – soll dabei die Erarbeitung von Bildungsprogrammen, welche die spezifischen Lernbedürfnisse dieser Frauen in den Mittelpunkt stellen, unterstützen.
(*http://www.bifeb.at/veranstaltungen/Seminare_2008/bildungswege_frauen.html*, 9.5.2008)

Seit September 2007 wird das Projekt Learn forever im Rahmen der aktuellen Programmperiode (2007-2013) mit Mitteln des BMUKK und ESF gefördert und mit neuen Schwerpunkten (begleitende Übernahme der Lernangebote durch Einrichtungen der allgemeinbildenden sowie der berufsbildenden Erwachsenenbildung, Adaption der Angebote für junge, erwachsene Frauen mit Weiterbildungsbedarf sowie für Frauen in prekären Beschäftigungsverhältnissen) weitergeführt.
(*www.learnforever.at*, 9.5.2008)

Im Regierungsprogramm für die XXIII. Gesetzgebungsperiode vom Jänner 2007 wird im Kapitel „Bildung“ formuliert: „Im Hinblick auf die steigende Bedeutung des lebensbegleitenden Lernens ist die Vernetzung und Durchlässigkeit zwischen Aus- und Weiterbildung weiter zu verstärken und **die Anerkennung von informell erworbenen Kompetenzen auszubauen**.“ (Regierungsprogramm für die XXIII. Gesetzgebungsperiode, S. 85; Fettdruck nicht im Original).

Seit September 2003 ist im Zukunftszentrum Tirol, einer Einrichtung der Stadt Innsbruck, des Landes Tirol und der AK Tirol, eine **Kompetenzenbilanz** im Einsatz, die von einem wissenschaftlichen Team erarbeitet wurde und ein von persönlichen BetreuerInnen geführtes mehrstufiges Coachingverfahren umfasst, an dessen Ende konkrete Schritte und Ziele für die weitere berufliche und private Zukunft formuliert werden. Auch ein Lehrgang zur kompetenzorientierten Laufbahnberatung wird angeboten.
(*http://www.zukunftszentrum.at*, 12.3.2008)

Im Jahr 2004 wurde das Kompetenzanerkennungs-Zentrum **KOMPAZ** in Linz gegründet. Hier können sich Personen in Phasen beruflicher und persönlicher Orientierung in betreu-

ten Kleingruppen in vier Halbtagen ein **Kompetenzprofil** auf Basis von Selbstbewertung erarbeiten, wobei optional eine Testung im Assessment-Center angeboten wird.
(*http://www.kompetenzprofil.at*, 9.5.2008)

Vom Ring Österreichischer Bildungswerke (RÖBW) wurde im Rahmen eines ESF-Projektes (2003-2005) ein **Kompetenz-Portfolio für Ehrenamtliche** entwickelt, im Zuge dessen die im Ehrenamt erworbenen Kompetenzen systematisch dokumentiert werden. Es umfasst ein kurzes Portrait des ehrenamtlichen Engagements, ein persönliches Kompetenzprofil und einen Aktionsplan für geplante Maßnahmen: z.B. neue Akzentsetzungen im Ehrenamt, Weiterbildung, Bewerbungen am Arbeitsmarkt usw. Kernstück der Portfolio-Erstellung ist ein ca. zweistündiges Kompetenz-Gespräch mit einem/einer zertifizierten Portfolio-BegleiterIn.
(*http://www.kompetenz-portfolio.at/*, 12.3.2008)

Weitere Beispiele wären

- das im Rahmen des EQUAL-Projektes qualifikation stärkt (2002-2005) vom Wiener Integrationshaus entwickelte und in mehreren Sprachen erhältliche Sprachen- und Qualifikationsportfolio für MigrantInnen und Flüchtlinge
(*http://www.integrationshaus.at/cgi-bin/page.pl?id=54;lang=de*, 9.5.2008),
- der seit 2005 im Einsatz befindliche Freiwilligenpass
(*http://www.myschool.at/304026/pdf100000/Freiwilligenpass.pdf*, 9.5.2008),
- die von der Berufs- und Bildungsinformation Vorarlberg (BIFO) in Dornbirn bereits 1999 produzierte Quali-Box zur Analyse und Feststellung der eigenen Fähigkeiten und zur weiteren Bildungsplanung
(*http://www.bifo.at/text/qualibox*, 9.5.2008)
- und das Projekt AMPEL des Beratungszentrums für Migranten und Migrantinnen mit dem Ziel der Anerkennung der Qualifikationen von MigrantInnen
(*http://www.migrant.at*, 9.5.2008).

Vernetzung und Beratung im Basisbildungsbereich

Das **Internetportal** *www.alphabetisierung.at* soll InteressentenInnen bei der Suche von Basisbildungskursen für Erwachsene unterstützen. Seit 2006 besteht das **Alfa-Telefon**, über das speziell dafür ausgebildeter BeraterInnen Informationen zu Basisbildung, Beratung und Hilfestellung für Personen mit Lese-, Schreib- und Rechenschwierigkeiten bieten. Zukünftig wird diese Zielgruppe auch bei der Erstellung von Kompetenzportfolios unterstützt. Die VHS Linz setzt dieses Projekt im Rahmen des Netzwerks Basisbildung und Alphabetisierung in Österreich um.
(*http://www.alphabetisierung.at/fileadmin/pdf/Presseaussendungen/25_01_08_Beratungsstelle_fuer_Basisbildung_Presseaussendung.pdf*, 12.3.2008)

Das Alfa-Telefon ist Teil von Leistungen einer Entwicklungspartnerschaft „In.Bewegung“, die mit Förderung des BMUKK und des Europäischen Sozialfonds arbeitet, Bildungseinrichtungen, politische Akteure und Multiplikatoren vernetzt, für Basisbildung und Alphabetisierung sensibilisiert und neue Kurskonzepte, Öffentlichkeits- und Beratungsinstrumente entwickelt (*http://www.alphabetisierung.at/index.php?id=81*, 17.3.2008). Siehe dazu: „Perspektive: Bildung. Tagungsdokumentation, Internationale Konferenz Tech Gate Vienna, 8.-9. März 2007“.

Eine gesetzlich geregelte **Bildungskarenz** gibt es in Österreich seit 1998. Sie wurde seither mehrfach novelliert. Die gesetzliche Grundlage ist § 11 des AVRAG sowie § 26 ALVG. Unter Bildungskarenz versteht man die Beurlaubung einer DienstnehmerIn gegen Entfall des Arbeitsentgeltes wegen beruflicher Weiterbildung (max. zwölf Monate). Somit soll die Bildungskarenz ArbeitnehmerInnen die Teilnahme an beruflichen Aus- oder Weiterbildungsmaßnahmen erleichtern, ohne dass sie dafür das Dienstverhältnis auflösen müssen. Eine Karenzierung setzt das Einverständnis zwischen ArbeitgeberIn und ArbeitnehmerIn voraus. Unter gewissen Voraussetzungen wird seitens des AMS Weiterbildungsgeld ausbezahlt.

Informations- und Beratungsangebote

Die BeSt[3] – Die **Messe für Beruf, Studium und Weiterbildung** präsentiert jährlich, seit mehr als 20 Jahren, an mehren Standorten in Österreich ein umfangreiches Spektrum an Bildungs-, Ausbildungs-, Weiterbildungs- und Berufswegen und stellt die größte Bildungsmesse Österreichs dar. Hauptveranstalter sind das Unterrichtsministerium, das Wissenschaftsministerium und das Arbeitsmarktservice. 2002 fand eine Ausweitung der Messe auf den Bereich Weiterbildung und die Zielgruppe Erwachsene statt. Bis zu 300 Aussteller und bis zu 80.000 BesucherInnen können jährlich gezählt werden.

Ein umfangreiches **Internetportal** zu Themen der Erwachsenenbildung ist unter *http://www.erwachsenenbildung.at/* zu finden. Diese Internetplattform ist Ergebnis einer Kooperation des BMUKK mit dem Bundesinstitut für Erwachsenenbildung (bifeb) und dem Institut EDUCON. Die Seite informiert über Bildungsinformationssysteme, über das Berufsfeld Erwachsenenbildung, über Förderungen, Grundlagen und Fachthemen der Erwachsenenbildung. Des Weiteren bringt das Portal laufend Nachrichten und Veranstaltungstermine und veröffentlicht etwa monatlich einen Newsletter. Siehe:
(*http://www.erwachsenenbildung.at/services/impressum.php*, 12.3.2008).

Seit Ende der 1990er Jahre sind zahlreiche institutionenbezogene oder auch regionale Weiterbildungsdatenbanken online verfügbar. Um hier einen ganzheitlichen Überblick zu befördern, wurde vom BMUKK ein neues **online-Suchservice** unterstützt **(EDUARD)**, mit dem österreichweit nach Bildungsangeboten gesucht werden kann. Die Bildungsangebote stammen von einer Reihe ausgewählter Bildungsanbieter und aus regionalen Bildungsdatenbanken. EDUARD befindet sich derzeit noch im Teststadium.
(*http://www.erwachsenenbildung.at/bildungsinformation/bildungsangebote/suche_nach_angeboten.php*, 7.4.2008)

In den BerufsInfoZentren (BIZ) des AMS steht eine große Auswahl an Informationsmedien über Berufe, Beschäftigungsmöglichkeiten sowie Aus- und Weiterbildungswegen kostenlos zur Verfügung. An rund 60 Standorten in ganz Osterreich bietet das AMS modern ausgestattete Mediatheken mit einer großen Fülle an Informationen. Broschüren, Infomappen, Videofilme und PCs stehen gratis bei Fragen zu Beruf, Aus- und Weiterbildung sowie zu Arbeitsmarkt und Jobchancen zur Verfügung. Das interaktive Informationsangebot umfasst das „Qualifikationsbarometer“, ein umfassendes Online-Informationssystem zu Qualifikationstrends, das „BerufsInfoSystem (BIS)“, die größte österreichische Online-Datenbank zu Berufen und Qualifikationen, die „Weiterbildungs-Datenbank“ mit umfassenden Hilfestellungen zur berufliche Weiterbildung sowie das „AMS-Forschungsnetzwerk“ (siehe dort).

Den aktuellen Zielvorgaben des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) entsprechend ist das Beratungsspektrum des AMS auf die Verhinderung von Arbeitslosigkeit durch rechtzeitige Intervention auf betrieblicher und persönlicher Ebene ausgerichtet. Die daraus resultierenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen haben das Ziel, Menschen zu befähigen, langfristig und nachhaltig ihren Lebensunterhalt am Arbeitsmarkt selbst zu erwirtschaften sowie Betriebe und Beschäftigte bei der lebenszyklus-orientierten Personalentwicklung durch innovative Maßnahmen (z.B. Qualifizierung on demand, Integration durch Bildung, Chancengleichheit, Investition in zukunftsorientierte Weiterbildung) zu unterstützen. Dass diese Strategie greift, belegt u.a. das hervorragende Abschneiden des AMS in einem unter den europäischen Arbeitsmarktverwaltungen im Jahr 2004 durchgeführten Benchmark-Projekt, wo in den relevanten Kategorien (erfolgreiche Wiedereingliederung, Übergang von beschäftigungsfördernden Maßnahmen in eine Erwerbstätigkeit, Kundenzufriedenheit, Informationstechnologien) jeweils Spitzenplätze erreicht wurden.

2007 ist es gelungen, wichtige, bisher vorwiegend regional agierende Akteure von Bildungsberatung für Erwachsene in einem Netzwerk aktiv in überregionale Entwicklungen einzubinden, die langfristig strukturelle Effekte auf Institutionen und Angebote der Beratung, Information und Orientierung für Bildung und Beruf in Österreich haben werden. Das übergeordnete Ziel des **Projektverbunds Bildungsberatung** ist der Aufbau eines leistungsfähigen, flächendeckenden und anbieterunabhängigen Bildungsberatungssystems in Österreich – mit Schwerpunkt Erwachsene, dies auch im Gesamtrahmen der Implementierung einer österreichischen Strategie für „Lifelong Guidance“ (LLG). Die finanziellen Mittel werden durch das BMUKK, den ESF, die Bundesländer sowie weitere regionale Finanziers bereitgestellt.

Die einzelnen Teilprojekte setzen auf sehr unterschiedlichen Ebenen an, wie etwa Aus- und Aufbau von regionalem, anbieterunabhängigem Beratungsangebot, Entwicklung und Erprobung von neuen Konzepten und Methoden und zunehmender Einbeziehung von weiteren relevanten Einrichtungen. Auf Organisationsebene und für BeraterInnen sind u.a. geplant: Vernetzung der BeraterInnen, Informations- und Schulungsangebote, Entwicklung eines institutionenübergreifenden Wissensmanagementsystems für BildungsberaterInnen, Entwicklung eines Akkreditierungs- und Qualitätssicherungssystems für Bildungsberatung sowie die Entwicklung eines bundesweiten Dokumentationssystems für Beratungs-, Informations- und Orientierungsdienstleistungen.

5 Grundkompetenzen bei Erwachsenen

Der **Referenzrahmen der Europäischen Kommission zu Schlüsselkompetenzen für lebensbegleitendes Lernen** definiert jene Kompetenzen[12], die den BürgerInnen auf einem Basisniveau zur Verfügung stehen müssen, damit diese in der europäischen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts bestehen können. Innerhalb dieses Referenzrahmens haben die Kulturtechniken eine grundlegende Bedeutung. Das entsprechende Dokument des Europäischen Parlamentes sowie des Rates empfiehlt, dass die Mitgliedstaaten die Vermittlung von Schlüsselkompetenzen gegenüber allen Menschen als Teil ihrer lebensbegleitenden Lernstrategien, einschließlich der Strategien zur Vermittlung der Fähigkeit an alle, lesen und schreiben zu können, ausbauen.[13] Dies auch deshalb, weil die Lesekompetenz neben der funktionalen Rolle zur erfolgreichen Integration ins Erwerbsleben in gleichem Ausmaß einem emanzipatorischen Anspruch zu genügen hat.

Diese Bemühungen müssen mit viel Engagement in der vorschulischen und schulischen Erziehung Platz greifen, jedoch kann man sich nicht der Erwartung hingeben, dass dadurch im Erwachsenenalter in den genannten Kompetenzbereichen keine Defizite in der Bevölkerung vorliegen würden. Einen Hinweis darauf geben die Befunde der internationalen Vergleichsstudie **PISA** (Programme for International Student Assessment) der OECD, bei dem am Ende der Pflichtschule die Lese-Kompetenzen und anderes testiert werden. In den letzten drei Erhebungswellen hat sich dabei für die nunmehr aus der Schulpflicht Entlassenen gezeigt, dass die Gesamtergebnisse für Österreich im Schnitt aller beteiligten OECD-Länder liegen. Betrachtet man die „Risikogruppe“ jener Schülerinnen und Schüler, die nur höchstens das erste Level der fünfstufigen Lese-Kompetenzmessungsskala erreichen konnten, so zeigt sich, dass diese Gruppe, die elementare Leseaufgaben nicht routinemäßig lösen kann, gut ein Fünftel der Schulentlassjahrgänge darstellt. Insofern und aufgrund des Vergleichs mit Ländern, die an IALS teilgenommen haben (vgl. Schneeberger 2008) ist auch nicht von einem grundsätzlichen „Ausaltern“ von geringer Lesekompetenz in der Bevölkerung auszugehen (Breit 2007, S. 45).

Die ExpertInnen der **Thematischen Prüfung der OECD zur Erwachsenenbildung in Österreich** haben angebotsseitig wenige Defizite benannt. Ein konkret angesprochenes war jedoch das im internationalen Vergleich gering ausgebaute Angebot an Basisbildungsprogrammen (OECD 2005, S. 50). Bis dato liegen für Österreich keine empirischen Kompetenzfeststellungen bei Erwachsenen vor. Schätzungen zufolge ist auf Basis der Größe der österreichischen Bevölkerung von einer Anzahl von mindestens 300.000 Erwachsenen auszugehen, die funktionale Analphabeten sind. Um diesem Phänomen mit gesicherter Datenbasis auf den

[12] Der Europäische Referenzrahmen umfasst folgende acht Schlüsselkompetenzen: Muttersprachliche Kompetenz; Fremdsprachliche Kompetenz; Mathematische Kompetenz und grundlegende naturwissenschaftlich-technische Kompetenz; Computerkompetenz; Lernkompetenz; Interpersonelle, interkulturelle und soziale Kompetenz und Bürgerkompetenz; Unternehmerische Kompetenz; Kulturelle Kompetenz.

[13] EMPFEHLUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 18. Dezember 2006 zu Schlüsselkompetenzen für lebensbegleitendes Lernen (2006/962/EG).

Grund gehen zu können, wird sich Österreich bei der ab 2011 geplanten internationalen Vergleichsstudie **PIAAC** (Programme for the International Assessment of Adult Competencies) der OECD beteiligen, die kognitive aber auch berufliche Fähigkeiten testet.

Maßnahmen zur Basisbildung, insbesondere im Vorfeld zu Bildungsabschlüssen, stellen einen Schwerpunkt der Erwachsenenbildung des BMUKK dar.

Seit 2005 wird das Projekt **Netzwerk Basisbildung und Alphabetisierung** im Rahmen der Entwicklungspartnerschaft **In. Bewegung** aus Mitteln des BMUKK und ESF unterstützt, das die Kooperation zwischen den Anbietern verbessert und die Erarbeitung und Implementierung von Qualitätsstandards sicherstellt. Weiters werden neue Lernmodelle sowie bedarfs- und bedürfnisgerechte Angebote entwickelt, um die Zielgruppe besser erreichen zu können. Die Entwicklung von Verfahren zur Kompetenzfeststellung sowie der Einsatz von Portfolios bilden wichtige Elemente des Projektes. Ein zentrales Beratungsservice für Betroffene (Alfa-Telefon, siehe weiter oben) sowie ein Webservice für Interessierte, Lehrende und Projektverantwortliche bilden weitere Schwerpunkte.
(http://www.alphabetisierung.at, 9.5.2008)

Die Qualität der Angebote wird über den **Lehrgang Aus- und Weiterbildung für AlphabetisierungspädagogInnen**, der am Bundesinstitut für Erwachsenenbildung St. Wolfgang durchgeführt wird, sichergestellt.
(*http://bifeb.at/veranstaltungen/Seminare/alphabetisierung.htm*l, 9.5.2008)

Aber auch das Arbeitsmarktservice setzt im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik Basisbildungsinitiativen, um eine bessere Vermittelbarkeit von Arbeitslosen zu fördern, deren Basiskompetenzen ungenügend entwickelt sind.

Herausforderungen sind neben der Erreichung der recht heterogenen Zielgruppe auch die Aufgabe der Enttabuisierung der Thematik sowie der Entwicklung von erwachsenengerechten Unterrichts- und Kompetenzfeststellungsverfahren.

6 Erwartungen bezüglich CONFINTEA VI und Zukunftsperspektiven der Erwachsenenbildung

Österreichische Fachleute der Erwachsenenbildung erwarten sich von CONFINTEA VI vor allem:

- Informationen über Ansätze und gute Beispiele in anderen Ländern
- Anregungen in der Förderung der Erwachsenenbildung
- persönliche Kontakte, um in Zukunft verstärkt Erfahrungen und Wissen auch international teilen und austauschen zu können
- Impulse für innovative Politiken in der Validierung von informell und nicht-formal erworbenen Kompetenzen
- Impulse für erwachsenenbildungsrelevante Aspekte bei der Implementierung einer österreichischen LLL-Strategie

Die Zukunftsperspektiven für die österreichische Erwachsenenbildung resultieren aus den bereits heute erkennbaren Herausforderungen:

- Neuordnung der Zuständigkeit zwischen Bund und Ländern im Interesse der Lernenden (bessere Abstimmung der Förderinstrumente der Länder u.a.)
- verstärkt bislang Bildungsferne in Erwachsenenbildung integrieren, niederschwellige Angebote und Zugänge forcieren; gebührenfreies Nachholen von Bildungsabschlüssen im Erwachsenenalter
- Stärkung der Erwachsenenbildung durch eine übergreifende Strategie zur Förderung des LLL im gesamten Bildungswesen
- Personen mit Migrationshintergrund in der Arbeitswelt und außerhalb im sprachlichen und kulturellen Bildungsbereich fördern
- treffsichere (Subjekt)Förderungen für den Zweiten Bildungsweg bereitstellen und entsprechende Information und Antragstellung leichter zugänglich machen
- Bildungsinformation und -beratung stärken, insbesondere auch für gering Qualifizierte und andere Gruppen mit Zugangs- und Motivationsproblemen
- Aufbau einer soliden Informations- und Datenbasis als Grundlage für politische Entscheidungsprozesse; Teilnahme an der internationalen Vergleichsstudie zum Kompetenzstand Erwachsener (PIAAC)
- Ermittlung und anerkannte Methoden der Validierung von nicht-formal und informell erworbenen Qualifikationen bzw. Kompetenzen
- Erwachsenengerechtere Unterrichts- und Prüfungsverfahren in traditionellen Bildungsgängen anregen
- Verbesserung der Transparenz des Bildungsangebots und Stärkung der Nachfrage

- Regionale und auch sonstige Chancengleichheit bei finanziellen Förderungen herstellen
- Alter(n)sgerechte Erwachsenenbildung: Flexibilisierung, Öffnung der Bildung, modulare und praxisnahe Angebote mit gemischten Lerngruppen; Didaktik für ältere Lernende
- Einbau von Weiterbildungsphasen im Beschäftigungsverlauf ohne Betroffenheit von Arbeitslosigkeit; Ermöglichung beruflicher Neuorientierung insbesondere um die Lebensmitte; Angebote bei nicht-linearen beruflichen Biografien

Tabellenanhang

Tabelle A-1: Bevölkerung ab 15 Jahren nach höchster abgeschlossener Schulbildung und Geschlecht – Jahresdurchschnitt 2006

Höchste abgeschlossene Schulbildung	insgesamt 15+	Männer 15+	Frauen 15+	insgesamt 15+	Männer 15+	Frauen 15+
	in 1.000			in %		
Pflichtschule	1.910,6	693,5	1.217,0	27,9	21,0	34,2
Lehre	2.428,9	1.519,8	909,1	35,4	46,1	25,6
BMS	880,5	278,4	602,1	12,9	8,4	16,9
AHS	411,6	180,6	231,0	6,0	5,5	6,5
BHS	547,7	278,4	269,2	8,0	8,4	7,6
Hochschulverwandte Lehranstalten	146,8	39,3	107,4	2,1	1,2	3,0
Universität, Hochschule	525,8	305,4	220,4	7,7	9,3	6,2
Insgesamt	6.851,7	3.295,4	3.556,2	100,0	100,0	100,0
ISCED 97						
0 - 2	2.014,7	721,8	1.293,0	29,4	21,9	36,4
3B	2.879,4	1.559,5	1.319,8	42,0	47,3	37,1
3A	408,8	178,4	230,4	6,0	5,4	6,5
4B	89,0	7,6	81,4	1,3	0,2	2,3
4A	508,0	261,9	246,1	7,4	7,9	6,9
5B	426,0	260,9	165,1	6,2	7,9	4,6
5A/6	525,8	305,4	220,4	7,7	9,3	6,2
Insgesamt	6.851,7	3.295,4	3.556,2	100,0	100,0	100,0

Quelle: Statistik Austria, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2006, eigene Berechnungen

Tabelle A-2: Bevölkerung (ab 15 Jahren) nach Staatsangehörigkeit und höchster abgeschlossener Bildung, 2006, in %

Staats-angehörigkeit	Pflicht-schule	Lehre	BMS	Höhere Schule	Hoch-schule	Akade-mien	Insgesamt	
							in %	in 1.000
Insgesamt								
Österreich	27,0	36,4	13,5	13,8	7,1	2,2	100,0	6.207,4
Nicht-Österreich	36,8	26,0	6,9	15,9	13,1	1,3	100,0	644,2
EU 25	11,1	27,7	9,0	25,3	24,7	2,2	100,0	201,2
darunter EU 15	*11,2*	*25,6*	*10,0*	*20,9*	*30,0*	*2,1*	*100,0*	*130,8*
Ex-Jugoslawien	47,5	33,5	5,7	10,2	2,1	1,0	100,0	238,8
Türkei	73,9	14,7	3,8	5,8	1,4	0,4	100,0	84,2
Sonstige	32,7	15,9	7,8	18,4	23,8	1,3	100,0	120,0
Insgesamt	27,9	35,4	12,9	14,0	7,7	2,1	100,0	6.851,7
Männer								
Österreich	19,8	47,4	8,8	14,0	8,8	1,2	100,0	2.975,4
Nicht-Österreich	32,2	34,5	5,4	13,0	13,9	1,0	100,0	320,0
EU 25	9,2	35,1	6,6	19,9	28,5	0,8	100,0	95,8
darunter EU 15	*9,2*	*27,1*	*6,8*	*19,5*	*36,7*	*0,9*	*100,0*	*66,3*
Ex-Jugoslawien	40,0	43,1	4,5	9,0	2,3	1,2	100,0	125,1
Türkei	64,0	24,3	4,4	5,5	1,1	0,7	100,0	43,6
Sonstige	29,8	22,2	6,3	15,9	24,9	1,1	100,0	55,4
Zusammen	21,0	46,1	8,4	13,9	9,3	1,2	100,0	3.295,4
Frauen								
Österreich	33,5	26,4	17,8	13,6	5,6	3,2	100,0	3.232,0
Nicht-Österreich	41,4	17,6	8,3	18,8	12,3	1,7	100,0	324,2
EU 25	12,8	21,2	11,3	30,3	21,2	3,4	100,0	105,4
darunter EU 15	*13,5*	*24,0*	*13,5*	*22,5*	*23,1*	*3,4*	*100,0*	*64,5*
Ex-Jugoslawien	55,8	22,9	6,9	11,6	2,0	0,7	100,0	113,7
Türkei	84,7	4,7	3,0	6,2	1,5	0,0	100,0	40,5
Sonstige	35,3	10,5	9,1	20,6	22,9	1,6	100,0	64,5
Zusammen	34,2	25,6	16,9	14,1	6,2	3,0	100,0	3.556,2

Quelle: Statistik Austria, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2006, eigene Berechnungen

Tabelle A-3: Wohnbevölkerung nach Umgangssprache und Geburtsland, 2001

Umgangssprache (inklusive Kombination mit Deutsch)	Geburtsland		Gesamt
	Österreich	Nicht-Österreich	
Deutsch	6.764.394	351.386	7.115.780
Türkisch	62.666	120.779	183.445
Serbisch	43.292	134.028	177.320
Kroatisch	30.218	101.089	131.307
Englisch	25.194	33.388	58.582
Ungarisch	10.505	30.078	40.583
Bosnisch	5.811	29.046	34.857
Polnisch	5.178	25.420	30.598
Albanisch	5.763	22.449	28.212
Slowenisch	13.877	10.978	24.855
Burgenland-Kroatisch	18.954	458	19.412
Tschechisch	4.399	13.343	17.742
Arabisch	4.547	13.045	17.592
Rumänisch	3.036	13.849	16.885
Italienisch	3.729	7.013	10.742
Persisch	1.456	9.209	10.665
Slowakisch	1.455	8.779	10.234
Französisch	3.379	6.811	10.190
Spanisch	3.192	6.784	9.976
Chinesisch	2.064	7.896	9.960
andere asiatische Sprachen	1.900	7.118	9.018
Russisch, Ukrainisch, Weißrussisch	1.050	7.396	8.446
Romanes	2.109	4.164	6.273
Philippinisch	1.384	4.198	5.582
Bulgarisch	525	4.863	5.388
Mazedonisch	1.179	3.966	5.145
Holländisch/Flämisch	1.051	2.751	3.802
Indisch	813	2.769	3.582
Portugiesisch	701	2.496	3.197
Griechisch	918	2.180	3.098
Schwedisch	700	1.983	2.683
sonstige Europäische Sprachen	394	1.922	2.316
Vietnamesisch	586	1.724	2.310
Kurdisch	513	1.620	2.133
sonstige Afrikanische Sprachen	301	1.515	1.816
Japanisch	317	1.489	1.806
Thailändisch	218	1.375	1.593
Koreanisch	161	1.103	1.264
Hebräisch	306	883	1.189
Andere Sprachen	1292	2056	3348
Insgesamt	7,029.527	1,003.399	8.032.926
Anteil Umgangssprache Deutsch	96,2	35,0	88,6

Quelle: Statistik Austria, VZ 2001, ISIS-Datenbankabfrrage, Segment M4Z, eigene Berechnungen

Tabelle A-4: Wohnbevölkerung und Erwerbspersonen nach Umgangssprache (Volksgruppensprache), 2001

Umgangssprache (Volksgruppensprache)	Wohnbevölkerung		Erwerbspersonen*	
	abs.	%	abs.	%
Deutsch	7.115.780	88,6	3.473.192	87,1
Burgenländisch-Kroatisch	19.412	0,2	8.255	0,2
Romanes	6.273	0,1	3.242	0,1
Slowakisch	10.234	0,1	6.643	0,2
Slowenisch	24.855	0,3	12.738	0,3
Tschechisch	17.742	0,2	10.788	0,3
Ungarisch	40.583	0,5	22.542	0,6
Windisch	568	0,0	149	0,0
Andere Sprache	797.479	9,9	449.212	11,3
Insgesamt	8.032.926	100,0	3.986.761	100,0

*) einschließlich geringfügig Erwerbstätige

Quelle: Statistik Austria, VZ 2001, ISIS-Datenbankabfrage, Segmente M4Z, F7X

Literatur- und Quellenhinweise

AK, Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien (Hrsg.): Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 102: Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen. Vergleichende Analysen und Strategievorschläge für Österreich, Koordination: Gudrun Biffl (WIFO), Lorenz Lassnigg (IHS), Wien, Oktober 2007.

AMS-Arbeitsmarktservice Österreich (Hrsg.): Geschäftsbericht 2006, Wien, 2007.

BMBWK-Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (Hrsg.): Allgemeine und berufliche Bildung 2010. Österreichischer Zwischenbericht über die erzielten Fortschritte bei der Umsetzung des EU-Arbeitsprogramms, Wien, 20. April 2005.

BMBWK-Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (Hrsg.): OECD-Länderprüfung über Erwachsenenbildung II: Prüfbericht der OECD (=Materialien zur Erwachsenenbildung, Nr. 2/2004), Wien, 2004.

BMBWK-Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (Hrsg.): Österreichischer Länderbericht zum Memorandum über lebenslanges Lernen der Europäischen Kommission, Juli 2001 (=Materialien zur Erwachsenenbildung, Nr. 5/2001), Wien, 2001.

BMBWK-Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur/BIFEB-Bundesinstitut für Erwachsenenbildung (Hrsg.): Altern-Bildung-Lernen. Bericht über eine Entwicklungswerkstatt am Bundesinstitut für Erwachsenenbildung im November 2004, Materialien zur Erwachsenenbildung Nr. 1/2005, Wien, 2005.

BMWF: Statistisches Taschenbuch 2007, Wien, 2007.

Bodenhöfer, Hans-J. (2000): Elemente von Markt- und Preissteuerung. Finanzierung von Weiterbildung aus europäischer Sicht, *http://www.die-frankfurt.de/zeitschrift/12000/positionen2.htm* (7.4.2008).

Breit, Simone: Lese-Kompetenz im internationalen Vergleich. In: Pisa 2006. Internationaler Vergleich von Schülerleistungen. Erste Ergebnisse, herausgegeben von Claudia Schreiner, Graz, 2007, S. 41-48.

Bundeskanzleramt Österreich: Regierungsprogramm 2007-2010, Wien, 2007.

Chisholm, Lynne (2008): Das Lernkontinuum und Kompetenzorientierung: neue Schnittmengen zwischen der allgemeinen und der beruflichen Bildung, In: Berufs- und Wirtschaftspädagogik Online. Spezial 3: Sonderausgabe Österreich: Berufs- und Wirtschaftspädagogik in Österreich.
*http://www.bwpat.de/ATspezial/chisholm_atspezial.pd*f (7.4.2008).

Chisholm, Lynne/Larson, Anne/Mossoux, Anne-France: Lifelong Learning: Citizens' Views in Close-Up. Findings from a Dedicated Eurobarometer Survey, CEDEFOP – European Centre for the Development of Vocational Training, Luxembourg, 2004.

EMPFEHLUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 18. Dezember 2006 zu Schlüsselkompetenzen für lebensbegleitendes Lernen (2006/962/EG).

Filla, Wilhelm: Wissenschaft für alle – ein Widerspruch? Bevölkerungsnaher Wissenstransfer in der Wiener Moderne. Ein historisches Volkshochschulmodell, Innsbruck-Wien-München, 2001.

Gruber, Elke/Kastner, Monika/Brünner, Anita/Huss, Susanne/Kölbl, Karin: Arbeitsleben 45plus. Erfahrung, Wissen & Weiterbildung. Theorie trifft Praxis, Klagenfurt, 2007.

Gutknecht-Gmeiner, Maria/Schlögl, Peter: Stand der Qualitätssicherung und -entwicklung bei österreichischen Institutionen der Erwachsenenbildung. In: Gruber, Elke/Schlögl, Peter et al.: Qualitätsentwicklung und -sicherung in der Erwachsenenbildung in Österreich – Wohin geht der Weg?, Materialien zur Erwachsenenbildung Nr. 1/2007, Wien, 2007, S. 31-54.

Hammer, Gerald/Moser, Cornelia/Klapfer, Karin: Lebenslanges Lernen. Ergebnisse des Mikrozensus Juni 2003, Statistik Austria (Hrsg.), Wien, 2004.

Härtel, Peter: Study on Indicators and Benchmarks in Career Guidance Austria, Graz, 2005.

Holzer, Daniela: Widerstand gegen Weiterbildung. Weiterbildungsabstinenz und die Forderung nach lebenslangem Lernen. (i. d. Reihe Arbeit – Bildung – Weiterbildung Bd. 3). Münster-Hamburg-Berlin-Wien-London-Zürich, 2004.

In.Bewegung (Hrsg.): Perspektive: Bildung. Tagesdokumentation Internationale Konferenz Tech Gate Vienna, 8.–9. März 2007, Graz, 2007.

Junge, Kerstin: European Inventory on Validation of nicht-formal and informal learning: Austria, ECOTEC Research and Consulting, Birmingham September 2005, 12 S., *http://www.ecotec.com/europeaninventory/publications/inventory/chapters/euro_inv_austria.pdf.*

Kailis, Emmanuel/Pilos, Spyridon: Lebenslanges Lernen in Europa. In: Eurostat, Statistik kurz gefasst 8/2005, Luxemburg, 2005.

Klimmer, Susanne/Schlögl, Peter/Neubauer, Barbara: Die Berufsreifeprüfung. Höherqualifizierung für den beruflichen Aufstieg oder für den Umstieg?, Materialien zur Erwachsenenbildung Nr. 3/2006, Wien, 2006.

Kolland, Franz: Bildungschancen für ältere Menschen. Ansprüche an ein gelungenes Leben, Wien, 2005.

Lassnigg, Lorenz/Unger, Martin: Einleitung. In: dieselben (Hrsg.): Fachhochschulen – Made in Austria. Review des neuen Hochschulsektors, Wien, 2005.

Lassnigg, Lorenz/Vogtenhuber, Stefan: Status quo lernergebnisorientierter Qualifikationsbeschreibungen in Österreich, Entwicklung eines Nationalen Qualifikationsrahmens für Österreich – Vertiefende Analysen, Wien, 2007, S. 21-42.

Lenz, Werner: Porträt Weiterbildung Österreich, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (Hrsg.), Bielefeld, ²2005.

LLL-EXPERTINNENGRUPPE (2005): Vorschläge zur Implementierung einer kohärenten LLL-Strategie in Österreich bis 2010.
Online: *http://www.oeibf.akis.at/_TCgi_Images/oeibf/20061213104531_LLL-Strategiepapier_Endfassung.pdf* (18-11-2007).

LLL-EXPERTINNENGRUPPE (2007): Leitlinien einer kohärenten LLL-Strategie für Österreich bis 2010.
Online: *http://l3lab.erwachsenenbildung.at/wp-content/uploads/lll-expertinnenpapier_end.pdf* (04-01-2008).

Lutz, Hedwig/Mahringer, Helmut/Pöschl, Andrea (Koordination): Evaluierung Europäischer Sozialfonds 2000-2006, Ziel 3. Österreich. Aktualisierung der Halbzeitbewertung, Schwerpunktanalysen, WIFO 2005.

Mahringer, Helmut: Evaluierung der Förderung betrieblicher Weiterbildung. Zielgruppenorientierung von „Qualifizierungsförderung für Beschäftigte" und „Qualifizierungsberatung für Betriebe" des AMS, In: WIFO-Monatsberichte, Heft 1/2008.

Markowitsch, Jörg/Hefler, Günter: Der Markt betrieblicher Weiterbildung 2004 – 2006. In: Markowitsch, Jörg/Strobl, Peter (Hrsg.): Betriebliche Weiterbildung in Österreich, Wien, 2005.

Markowitsch, Jörg/Strobl, Peter (Hrsg.): Betriebliche Weiterbildung in Österreich. Konzepte, Anbieter, Trends, Wien, 2005.

Markowitsch, Jörg/Hefler, Günter: Betriebliche Weiterbildung und deren Finanzierung in Österreich im europäischen Vergleich, Ergebnisse der 2. Europäischen Erhebung zur Betrieblichen Weiterbildung, Wien, 2003.

OECD: Bildung auf einen Blick 2007 – OECD-Indikatoren, Paris, 2007.

OECD: Thematic Review on Adult Learning – Austria, Country Note, Final Version, 6/2004, Paris.

Pauli, Wolfgang/Zuser, Peter: Erhebung über berufliche Weiterbildung in Unternehmen (CVTS-2), in: Statistische Nachrichten 1/2003, Wien, S. 20 – 29.

Pauli, Wolfgang: Betriebliche Weiterbildung 1999, Statistik Austria (Hrsg.), Wien, Juni 2003.

Petanovitsch, Alexander/Schneeberger, Arthur: Nationale und internationale Konzepte und Verfahren zur Qualitätssicherung in der Erwachsenenbildung – ein Überblick. In: Qualitätsentwicklung und -sicherung in der Erwachsenenbildung in Österreich – Wohin geht der Weg? Materialien zur Erwachsenenbildung Nr. 1/2007, Wien, 2007, S. 55-100.

Reiterer, Albert F.: Einleitung. In: Volkszählung – Bildungsstand der Bevölkerung, hrsg. von Statistik Austria, Wien, 2005.

Salfinger, Brigitte/Sommer-Binder, Guido: Erhebung über betriebliche Bildung (CVTS-3). In: Statistik Austria, Statistische Nachrichten 12/2007.

Schlögl, Peter/Gutknecht-Gmeiner, Maria: Machbarkeitsstudie zu einem modularen Qualifizierungs- und Akkreditierungssystem „Weiterbildungsakademie" für lehrende und pädagogisch-planende Personen in der Erwachsenenbildung, BildungsberaterInnen und BibliothekarInnen Wien, 2006.

Schlögl, Peter/Gutknecht-Gmeiner, Maria: Expertise zur Abgrenzung und Abschätzung des Sektors allgemeine und berufliche Erwachsenen- bzw. Weiterbildung in Österreich im Hinblick auf Institutionen und Beschäftigte, Wien, 2007.

Schlögl, Peter/Lachmayr, Norbert/Gutknecht-Gmeiner, Maria: Indirekte, Opportunitäts- und soziale Kosten der beruflichen Weiterbildung. Eine explorative Erhebung in Wien, Wien, 2004.

Schlögl, Peter/Lachmayr, Norbert: Aktuelle Bildungszeitmodelle in Österreich. Ausprägungen und Inanspruchnahme, Wien, 2004.

Schlögl, Peter/Schneeberger, Arthur: OECD-Länderprüfung über Erwachsenenbildung I. Hintergrundbericht Österreich, Materialien zur Erwachsenenbildung, Nr. 1/2004, Wien, 2004.

Schneeberger, Arthur/Mayr, Thomas: Berufliche Weiterbildung in Österreich und im europäischen Vergleich, Forschungsbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit (=ibw-Schriftenreihe Nr. 126), Wien, Dezember 2004.

Schneeberger, Arthur/Schlögl, Peter: Hintergrundbericht zum österreichischen Länderbericht. Memorandum über lebenslanges Lernen der Europäischen Kommission, Juni 2001, Materialien zur Erwachsenenbildung, Nr. 6/2001, Wien, 2001.

Schneeberger, Arthur: Beteiligungsstruktur und Ressourcen der Erwachsenenbildung. Empirische Grundlagen zu einer Strategie des lebensbegleitenden Lernens, Materialien zur Erwachsenenbildung Nr. 2/2005, Wien, 2005.

Schneeberger, Arthur: Grundbildungsdefizite in Österreich. Befunde und Schlussfolgerungen. ARGE Vorarlberger Erwachsenenbildung: Dokumentation der Enquete „Bildungsnotstand – Steigende Alphabetisierungsnotwendigkeit in Europa?“ am 14. Dezember 2007 in Bregenz, Januar 2008, S. 11 – 22.
Online: *http://www.pfiffikus.at/eb/enquete/basisbildung/Dr.%20Schneeberger%20-%20Praesentation.pdf* (16.1.2008).

Statistik Austria: Hauptergebnisse der VZ 2001 – Bildung, Wien, November 2003.

Statistik Austria: Hochschulstatistik 2005/06, Wien, 2006.

Statistik Austria: Arbeitskräfteerhebung 2006 – Ergebnisse des Mikrozensus, Wien, 2007.

Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch Österreichs 2008, Wien, 2007.

Statistik Austria: Weiterbildungskosten im Verhältnis zu den Personalaufwendungen 2005, Europäische Erhebung über betriebliche Bildung (CVTS-3). Erstellt am: 5.12.2007.
(*http://www.statistik.gv.at/web_de/static/weiterbildungskosten_im_verhaeltnis_zu_den_personalaufwendungen_*2005_020923.pdf, 7.4.2008).

Steiner, Mario/Steiner M., Peter/Lassnigg, Lorenz/Prenner, Peter (unter Mitarbeit von Sybille Reidl, Clara Fritsch und Stephanie Kiessling): Grundlagen für die Entwicklung eines Systems des Lebenslangen Lernens in Wien. Analysen, Prognosen und strategische Ansätze. Endbericht, Studie im Auftrag des Wissenschaftszentrums Wien, Juli 2002.

Suchań, Birgit/Wallner-Paschon, Christina/Stöttinger, Elisabeth/Bergmüller, Silvia: PIRLS 2006 – Erste Ergebnisse – Lesen in der Grundschule, Graz, 2007.

Wagner, Elfriede: Die österreichische Förderlandschaft: ausgewählte Instrumente zur Unterstützung individueller Weiterbildungsaktivitäten. In: Magazin erwachsenenbildung.at Nr. 2, 2007.

Zürcher, Reinhard: Informelles Lernen und der Erwerb von Kompetenzen. Theoretische, didaktische und politische Aspekte, Materialien zur Erwachsenenbildung Nr. 2/2007, Wien, 2007.

Materialien zur Erwachsenenbildung

Hrsg.: Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur, Abt. Erwachsenenbildung

Nr. 1/2000 Qualitätsentwicklung in der Erwachsenenbildung. Bericht zur Tagung am Bundesinstitut für Erwachsenenbildung St. Wolfgang vom 11. bis 12. Jänner 2000

Nr. 1/2001 Memorandum über Lebenslanges Lernen der Europäischen Kommission. Österreichischer Konsultationsprozess

Nr. 2/2001 Konzepte der Qualität in der Erwachsenenbildung. Aufsätze und Protokoll im Rahmen der Werkstatt am Bundesinstitut für Erwachsenenbildung St. Wolfgang vom 2. bis 3. Oktober 2000

Nr. 3/2001 Dokumentation und Forschung für die Erwachsenenbildung – wo stehen wir heute? Bericht zum Workshop des bm:bwk und des Österreichischen Volkshochschularchivs an der Volkshochschule Meidling am 4. Oktober 2000

Nr. 4/2001 Pädagogische Qualität in der Erwachsenenbildung. Bericht zur Tagung am Bundesinstitut für Erwachsenenbildung St. Wolfgang vom 5. bis 6. April 2001

Nr. 5/2001 Österreichischer Länderbericht. Memorandum über lebenslanges Lernen der Europäischen Kommission

Nr. 6/2001 Hintergrundbericht zum österreichischen Länderbericht. Memorandum über lebenslanges Lernen der Europäischen Kommission

Nr. 7/2001 Konsultationsprozess zum Memorandum über lebenslanges Lernen der Europäischen Kommission. Dokumentation der Expertentagung am 20. Juni 2001

Nr. 8/2001 Marktplatz der Sprachen. Dokumentation einer Initiative des bm:bwk zum Europäischen Jahr der Sprachen 2001 vom 17. bis 22. September 2001

Nr. 9/2001 Bildungsberatung Burgenland. Ein Modell für regionale Vernetzung und Professionalisierung von Bildungsberatung

Nr. 1/2002 Wie viel BILDUNG braucht der Markt? Wie viel MARKT verträgt die Bildung? Beiträge zum Symposium der Akademie Graz, der Urania/Graz, der Förderungsstelle für EB und des LSR für Steiermark an der Universität Graz am 19. September 2001

Nr. 1/2003 Weiterbildung in Österreich im europäischen Vergleich I. Ergebnisse und Analysen der 2. Europäischen Erhebung zur betrieblichen Weiterbildung (CVTS II)

Nr. 1/2004 OECD-Länderprüfung über Erwachsenenbildung I. Hintergrundbericht Österreich

Nr. 2/2004 OECD-Länderprüfung über Erwachsenenbildung II. Prüfbericht der OECD

Nr. 1/2005 Altern – Bildung – Lernen. Bericht über eine Entwicklungswerkstatt am Bundesinstitut für Erwachsenenbildung St. Wolfgang im November 2004

Nr. 2/2005 Beteiligungsstruktur und Ressourcen der Erwachsenenbildung. Empirische Grundlagen zu einer Strategie des lebensbegleitenden Lernens

Nr. 1/2006 BiKoo – Bildungskooperative Oberes Waldviertel. Evaluation des Ziel 3 Projektes „BildungseinsteigerInnen"

Nr. 2/2006 Evaluation der Kurse zur Vorbereitung auf den Hauptschulabschluss. Studie im Auftrag des bm:bwk

Nr. 3/2006 Die Berufsreifeprüfung – Höherqualifizierung für den beruflichen Aufstieg oder für den Umstieg? Eine Status-quo-Erhebung

Nr. 1/2007 Qualitätsentwicklung und -sicherung in der Erwachsenenbildung in Österreich – Wohin geht der Weg? Darstellung der Ergebnisse des Projektes „INSI-QUEB"

Nr. 2/2007 Informelles Lernen und der Erwerb von Kompetenzen. Theoretische, didaktische und politische Aspekte

Nr. 1/2008 Entwicklung und Stand der Erwachsenenbildung in Österreich. Länderbericht für die UNESCO 6th International Conference on Adult Education (CONFINTEA VI)

Die Materialien zur Erwachsenenbildung sind elektronisch verfügbar unter
http://www.erwachsenenbildung.at/services/publikationen/materialien_zur_eb.php

Printausgaben ab Jahrgang 2006 können im Online-Publikationen-Shop des BMUKK unter
http://wwwapp.bmbwk.gv.at/publikationen_shop.asp oder beim **AMEDIA Servicebüro** bestellt werden:
1141 Wien, Sturzgasse 1a | T. (0)1 982 13 22 | F. (0)1 982 13 22-311 | *office@amedia.co.at*

Im Bedarfsfall sind einzelne Exemplare auch früherer Ausgaben erhältlich beim
BMUKK, Abt. V/8, Freyung 1, 1010 Wien | T. (0)1 53120/4603 | *erwachsenenbildung@bmukk.gv.at*